

## Wortprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz**

5. Sitzung  
30. März 2017

Beginn: 10.36 Uhr  
Schluss: 12.51 Uhr  
Vorsitz: Daniel Buchholz (SPD),  
stellvertretender Vorsitzender

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0023](#)  
Drucksache 18/0185 UmVerk  
**Haushaltsnahe Berliner Altglassammlung in allen  
Bezirken sicherstellen**
- Vorabüberweisung –
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0009](#)  
**Stand der Altglasentsorgung in Berlin: Pilotprojekt** UmVerk  
**gescheitert! Zurück zum Berliner Modell!**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Hierzu: Anhörung

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Ich darf zunächst fragen: Wird ein Wortprotokoll gewünscht für die Anhörung? – [Marion Platta (LINKE): Ja!] – Das ist so. Dann ist es so beschlossen. Ich darf darauf hinweisen: Wir haben ja beide Tagesordnungspunkte bereits vor genau zwei Wochen hier im Ausschuss behandelt und haben uns überfraktionell verabredet, dass wir heute aus aktuellem Anlass die Anhörung dazu durchführen wollen. Wird heute noch mal eine Begründung gewünscht? – Wenn ja, darf ich vorschlagen, dass wir die relativ knapp halten. – Für die Koalitionsseite Frau Platta und die CDU noch mal. Dann fangen wir an. – Frau Platta, Sie haben das Wort.

**Marion Platta (LINKE):** Erst einmal schönen guten Tag, auch für die Anzuhörenden! Ich freue mich, dass es geklappt hat, wieder so eine breite Runde hinzubekommen. Einige kennen wir schon aus vorhergehenden Anhörungen, deshalb können wir das sicherlich kurz halten. Es ist so, dass es nach wie vor Anfragen von Bürgern gibt, wann wir zu dem alten System, dem Holsystem, in den Bezirken Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg zurückkehren können. Deshalb ist es gut, dass wir heute auch einen Stadtrat aus einem Bezirk hier haben. Das war uns in den letzten Jahren nicht gelungen. Seit über drei Jahren beschäftigen wir uns mit diesem Problem hier in der Stadt, weil das Duale System der Meinung ist, eine Optimierung des Systems sei nur sinnvoll, wenn es von Unternehmerseite begleitet wird. Wir als politisch Verantwortliche hier in der Stadt sehen das anders. Wir wollen etwas für die Bürger erreichen, denn sie sind diejenigen, die das System bezahlen und letztendlich auch einen gewissen Anspruch darauf haben, dass das, was durchgeführt wird, auch in ihrem Sinne ist.

Wir sind im Umweltausschuss, und da spielt natürlich Ressourcenschutz auch eine wesentliche Rolle. Wenn man dann bemerkt, dass die Menge des gesammelten Glases erheblich zurückgegangen ist, nachdem die Systemumstellung stattgefunden hat, dann ist das auch ein wichtiges Indiz dafür, dass an dem System irgendetwas nicht stimmt. Wir wissen, dass die gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene so sind, wie sie sind. Nach wie vor ist das anders beauftragt worden, private Betriebe sind verpflichtet, sich um die Organisation zu kümmern, und Kommunen haben wenig Einspruchsmöglichkeit. Momentan läuft auf Bundesebene die Gesetzesverhandlung zum Verpackungsgesetz. Der Bundesrat hat in seinen Stellungnahmen die Interessen der Kommunen wesentlich deutlicher dazu kundgetan. Auch der Deutsche Städtetag ist dafür, dass die Kommunen mehr Möglichkeiten der Einflussnahme bei der Organisation der Sammlung haben sollen, und genau das ist der Punkt, warum wir es jetzt aktuell wieder auf der Tagesordnung haben: Es geht um eine Möglichkeit, da auch aus Berliner Sicht Einfluss zu nehmen. Unser Antrag kommt also zur richtigen Zeit, und wir freuen uns, dass heute diese Anhörung stattfindet.

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Vielen Dank, Frau Platta! – Für die CDU-Fraktion Herr Dr. Hausmann!

**Dr. Hans-Christian Hausmann (CDU):** Danke, Herr Vorsitzender! – Auch von unserer Seite ein herzliches Willkommen an die Anzuhörenden! Zur Altglassammlung hatten wir ja schon in der letzten Sitzung ausführlich diskutiert. Die Umstellung zu dem Bringsystem birgt viele Fragen, und eine flächenmäßige Umstellung dieser Pilotprojekte würde nur dann wirklich Sinn machen, wenn die Berliner auch konkrete Vorteile davon hätten. Wir sehen das allerdings sehr kritisch und begrüßen es, Ihnen Fragen stellen zu dürfen, insbesondere welche

Erfahrungen Sie mit der Umstellung gemacht haben. Gibt es schon Evaluationen, und wenn ja, wie sehen diese aus? – Ich bedanke mich!

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Das war kurz und knapp. Vielen Dank! – Ich darf schon darauf hinweisen, dass ich angesprochen wurde, dass einige Fraktionen beabsichtigen, da wir die nächste Ausschusssitzung erst in vier Wochen haben werden, nämlich nach den Osterferien, und da es schon zum zweiten Mal aufgerufen wird, dass heute schon eine Beschlussfassung stattfindet, auch wenn heute die Anhörung erfolgt. Das sollten vielleicht alle bedenken, wenn sie sich gleich einbringen.

Ich habe die fünf Anzuhörenden schon vorgestellt und darf noch darauf hinweisen: Wir haben vorab eine schriftliche Stellungnahme der BSR bekommen, die per E-Mail versandt worden und bei allen, glaube ich, auch angekommen ist. Zwei Anzuhörende, Herr Martin und Frau Nitzsche, haben eine Präsentation angekündigt. Ich sehe auch schon, dass die erste aufleuchtet und freue mich, dass wir jetzt anfangen können, in alphabetischer Reihenfolge mit Herrn Kurth. – Bitte schön!

**Peter Kurth** (BDE): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Gäste! Wenn Sie den Vertreter eines Bundesverbandes zur Anhörung einladen, dann gehen Sie wahrscheinlich davon aus, dass ich nicht mit Berliner Spezifika der Altglassammlung beginne, sondern mit einem Blick auch über Berlin hinaus.

Frau Abgeordnete! Sie haben gesagt, der Antrag käme zur rechten Zeit, weil gerade die Bundesdiskussion über das Verpackungsgesetz läuft. Ich glaube, man kann inzwischen sagen, die Diskussion nähert sich einem gewissen Ende. Gestern hat der Umweltausschuss des Bundestages votiert, heute findet die zweite und dritte Lesung im Bundestag statt, und dann ist – jedenfalls von der Seite – das Verfahren abgeschlossen. Es sieht im Moment so aus, dass sich die Koalition aus CDU und SPD auf ein Verpackungsgesetz verständigt hat, das bestimmte interessante Punkte enthält, aber eben andere Punkte nicht enthält. Das Verpackungsgesetz enthält nicht den Vorschlag des Bundesrats, dass man die Situation, was den Stoffstrom Altglas betrifft, dahin gehend ändert, dass man den Kommunen noch mehr an Abstimmungsmöglichkeiten gibt, sondern hier hat sich die Bundesregierung darauf verständigt, es bei der bisherigen Rechtslage zu belassen. Das Verpackungsgesetz enthält ambitionierte höhere Recyclingquoten, die wir sehr begrüßen. Verbunden mit der Etablierung einer zentralen Stelle, die den Lizenzierungsgrad auch für Altglas noch mal erhöhen soll, steht die Kreislaufwirtschaft insgesamt vor der Herausforderung, sowohl die Lizenzierungsmengen als auch die Recyclingmengen zu erhöhen. Von unserer Seite her war es dann folgerichtig zu sagen, dass es bei der bisherigen Zuständigkeitsverteilung bleibt, weil es vonseiten der Kommunen keinerlei Verpflichtung gibt, in irgendeiner Form an dem Erreichen irgendeiner Quote mitzuwirken. Das ist alleine den In-Verkehr-Bringern bzw. den Systemen übertragen worden, und von daher war das sicher auch sachgemäß.

Sachgemäß ist es auch, wenn man sich die Altglasentsorgung in der Bundesrepublik insgesamt anschaut. Wir haben heute dahin gehend eine Situation, dass 93 Prozent der Altglas-mengen in Depotcontainern gesammelt werden, also nicht im Holsystem. Ganz egal, wer in den Kommunen oder Landkreisen die politische Verantwortung trägt – ob das nun Schwerin, Tübingen, Freiburg oder wer auch immer ist: Dort gibt es die Depotcontainer- und nicht die Holsammlung. Berlin ist mit dem sehr ausgeprägten und in der Tat vom Bürger gern angenommenen System schon in einer absoluten Ausnahmesituation. Die Sammlung im Depotsystem hat nichts daran geändert, dass wir im Glasbereich heute schon eine ausgezeichnete Recyclingsituation haben. Wir haben permanent Werte von um die 80, 85 Prozent, das heißt, wir können für diesen Stoffstrom davon ausgehen, dass sich das bestehende System weitgehend bewährt hat. Wenn jetzt hinzukommt, dass wir noch etwas höhere Recycling- und Lizenzierungsquoten erreichen wollen, dann ist in der Tat abzuwägen, mit welchem System man das am besten macht. Es ist anerkannt – das ergibt sich aus dem Gutachten, das der Senat in der letzten Legislaturperiode zur Verfügung gestellt hat –, dass sowohl das Hol- als auch das Bringsystem Vor- und Nachteile hat. Das Bringsystem, also die Depotsammlung, die wir haben, führt zu einer etwas besseren Qualität. Das Holsystem führt zu etwas besseren Mengen. Das Depotsystem ist etwas preiswerter. Das Holsystem ist etwas bequemer für die Bürger. Außerdem haben wir das Platzproblem. Ob sich das in die eine oder andere Richtung interpretieren lässt, das ist durchaus fraglich. Wir haben die gesetzliche Verpflichtung, die Bioabfälle haushaltsnah zu sammeln. Viele Wohnungsinhaber sagen mir, dass sie für die Biotonne keinen Platz mehr haben. Wenn das denn solche sind, die sagen, sie hätten gern eine Glastonne vor Ort, dann stimmt dort etwas nicht.

Das Zweite ist, dass in einer verdichteten Stadt die Kommunen vor Herausforderungen stehen, wenn sie Depotcontainer letztlich bürgernah einrichten müssen. Das ist so. Diese Orte sind selten Ausdruck besonderer städtebaulicher Schönheit oder Gepflegtheit, auch das ist der Fall, das muss man berücksichtigen, aber auf der anderen Seite gibt es den Aspekt, dass die haushaltsnahe Platzsituation in vielen Bereichen nun auch nicht so ist, dass sie insbesondere dann, wenn noch eine Biotonne etabliert wird, hinreichend Platz haben.

Ich würde zusammenfassend sagen: Diese Frage eignet sich für eine ideologische Auseinandersetzung eher weniger, sondern man sollte insgesamt abwägen, wie wir es gemeinsam schaffen, noch etwas höhere Recyclingmengen zu erreichen, das heißt, die Quantität zu verbessern. Die Qualität zu verbessern, auch das ist wichtig. Da kann man mit beiden Sammelsystemen einiges machen. Ansonsten meine ich, dass die sich nunmehr dem Abschluss nähernde Diskussion auf Bundesebene auch für Berlin ein Anlass sein könnte, einen eher pragmatischen Weg zu wählen und zu überlegen, wie man denn in der Rechtslage, die wir haben und auch behalten werden, zu einer Verbesserung kommt.

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Vielen Dank, Herr Kurth, auch für die vorbildliche Einhaltung der fünfminütigen Redezeit! – Wir hatten vorher per Einladungsschreiben alle Anzuhörenden gebeten, sich im ersten Statement möglichst auf fünf Minuten zu beschränken, wenn das möglich ist, denn Sie haben in der Antwortrunde danach noch mal die Gelegenheit zu antworten. – Das Wort hat nun Bezirksstadtrat Martin. – Bitte sehr!

**Bezirksstadtrat Johannes Martin** (BA Marzahn-Hellersdorf): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Möglichkeit, dass der Bezirk Marzahn-Hellersdorf zur haushaltsnahen Glaserfassung dem Ausschuss eine kurze Stellungnahme überbringen kann! Wir sind als Bezirk Teil der Entsorgungsregion BE 104 und dementsprechend auch Teil des Pilotprojektes zur Zentralisierung der Glaserfassung.

## Marzahn-Hellersdorf



Zunächst ein paar kurze Eckdaten, die für unsere Einschätzung der haushaltsnahen Entsorgung relevant sind: 274 000 Einwohner. Die Fläche des Bezirks Marzahn-Hellersdorf teilt sich in zwei Teile: Einerseits haben wir eines der größten zusammenhängenden Plattenbaugebiete und damit Großsiedlungsgebiete, und andererseits haben wir eines der größten zusammenhängenden Einfamilienhausgebiete bundesweit. Flächenmäßig teilt sich das so auf, dass die Großsiedlung ca. ein Drittel der Fläche einnimmt, zwei Drittel der Einwohner beherbergt, und bis zum Jahr 2013 dominierte dort das Holsystem. Die Siedlungsgebiete, sprich die Einfamilienhausgebiete, nehmen zwei Drittel der Fläche ein, mit einem Drittel der Einwohner. Hier existierte schon vor 2013 das Bringsystem, das heißt, Depotcontainer an zentralisierten Standorten.

Marzahn-Hellersdorf ist einer der Bezirke, die am stärksten und schnellsten altern. Wir haben die höchsten Zuwächse bei Personengruppen über 50 Jahre und vor allen Dingen auch bei hochaltrigen Personen über 80 Jahre. Ein Beispiel: In der Region Marzahn-Süd liegt der Anteil von Menschen über 55 Jahre schon bei 45 Prozent, und er wird in den nächsten Jahren weiter wachsen.

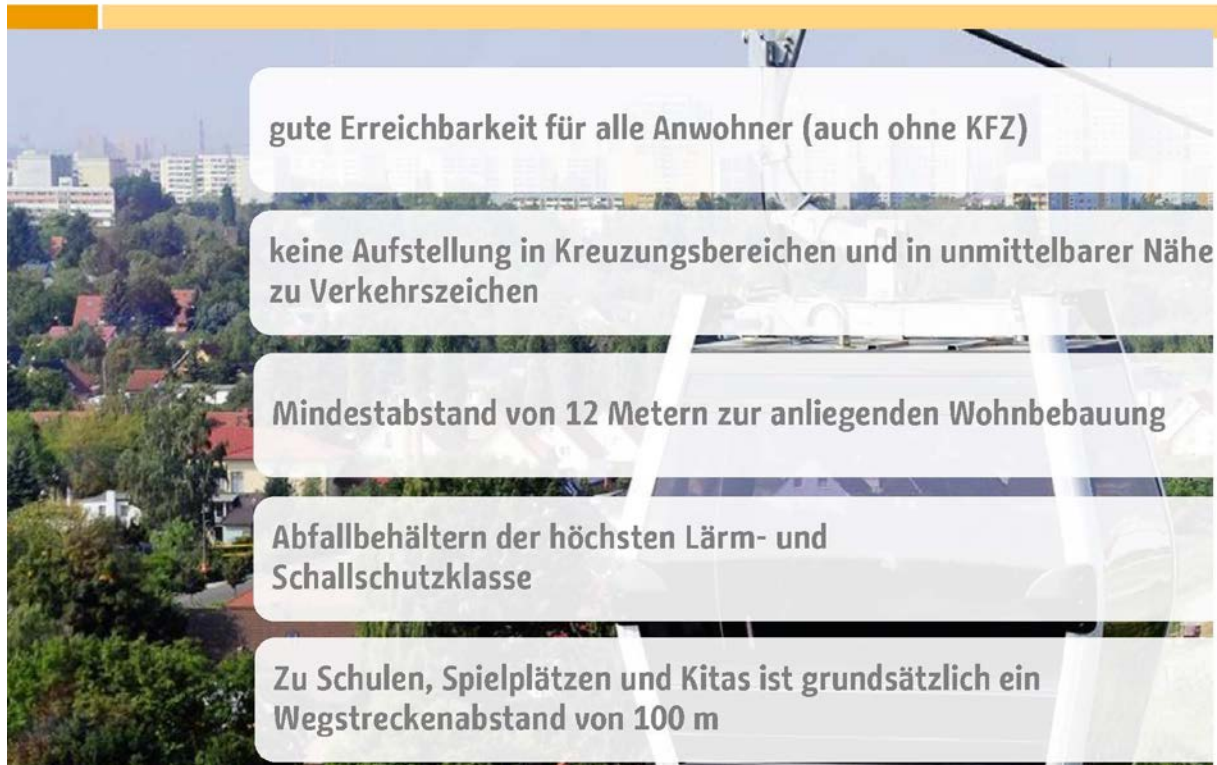
## Rückblick



Ein kleiner Rückblick – Sie alle kennen die Diskussion: 2012 traten die Glasindustrie und das DSD mit einer Kritik am Reinheitsgrad der Mengen, die im Bereich der Glaserfassung erfolgten, an den Senat heran. Danach gab es den sogenannten Arbeitskreis Glas, ohne Beteiligung der Bezirke, und letztlich folgte die Unterbindung des Holsystems in der Region BE 104, mit den entsprechenden Konsequenzen, auf die ich gleich noch eingehen werde. Wie Sie den Gutachten von 2015 entnehmen konnten, führte das zum Abbau von knapp 8 000 Müllgroßbehältern und weiteren Versorgungswegen für die Bevölkerung. Die Bezirke haben letztlich nur mittelbar davon Kenntnis erhalten, als die Anträge auf Sondernutzungsgenehmigung für zusätzliche Standorte im öffentlichen Straßenland erfolgten und waren dann damit konfrontiert, in einer Zwickmühle zu sein, weil diese Standorte in der Tat nicht gerade Aushängestandorte für die Bezirke und für öffentliche Plätze sind. Wir waren dann in der Zwickmühle, weil wir trotzdem eine haushaltsnahe Versorgung sicherstellen wollten und den Anspruch hatten, dass die Anwohnerinnen und Anwohner nicht zusätzlich weitere Wege in Kauf nehmen müssen, aber gleichzeitig hatten wir auch den Anspruch, diese Standorte im öffentlichen Straßenland abzusichern.



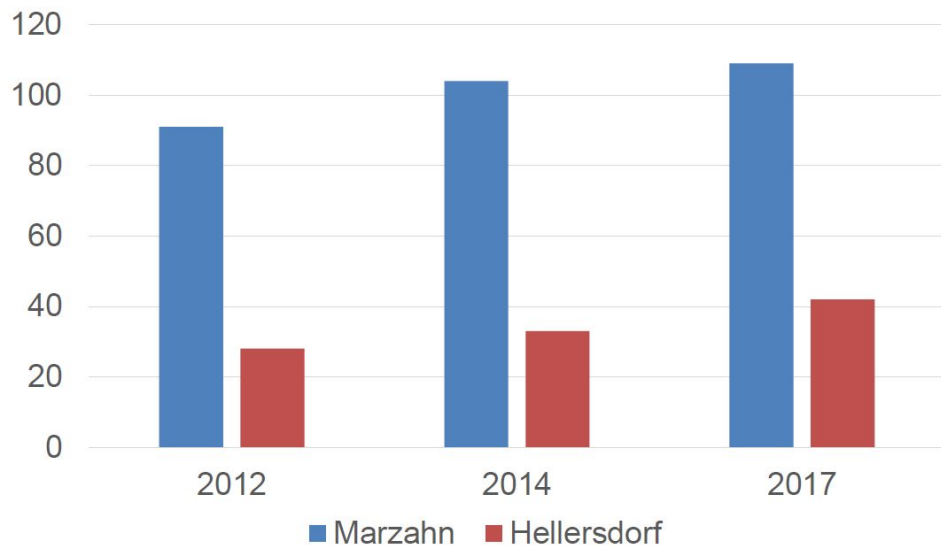
## Kriterienkatalog der Standorte



Der Bezirk ist da sehr schnell in einen konstruktiven Dialog mit unterschiedlichen Akteuren eingetreten und hat einen Kriterienkatalog für diese zusätzlichen Standorte definiert. Oberstes Ziel war eine gute Erreichbarkeit für alle Anwohner, auch für diejenigen, die kein Kfz haben. Die Aufstellung in Kreuzungsbereichen sollte ebenfalls vermieden, ein Mindestabstand zur anliegenden Wohnbebauung eingehalten werden, um die Lärmbelästigung so gering wie möglich zu halten. Wir hatten einen entsprechenden Anspruch an die Abfallbehälter, die aufgestellt werden, und sehen ein gewisses Sicherheitsrisiko, das mit diesen Standorten verbunden ist. Deswegen haben wir einen Mindestabstand zu Schulen, Kitas und Spielplätzen von 100 Metern definiert.

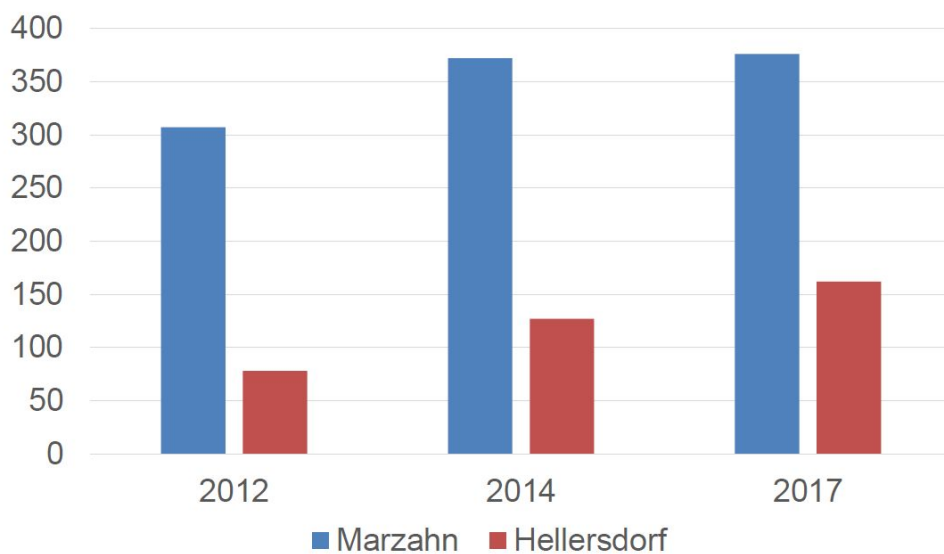


## Haushaltsanteil



5

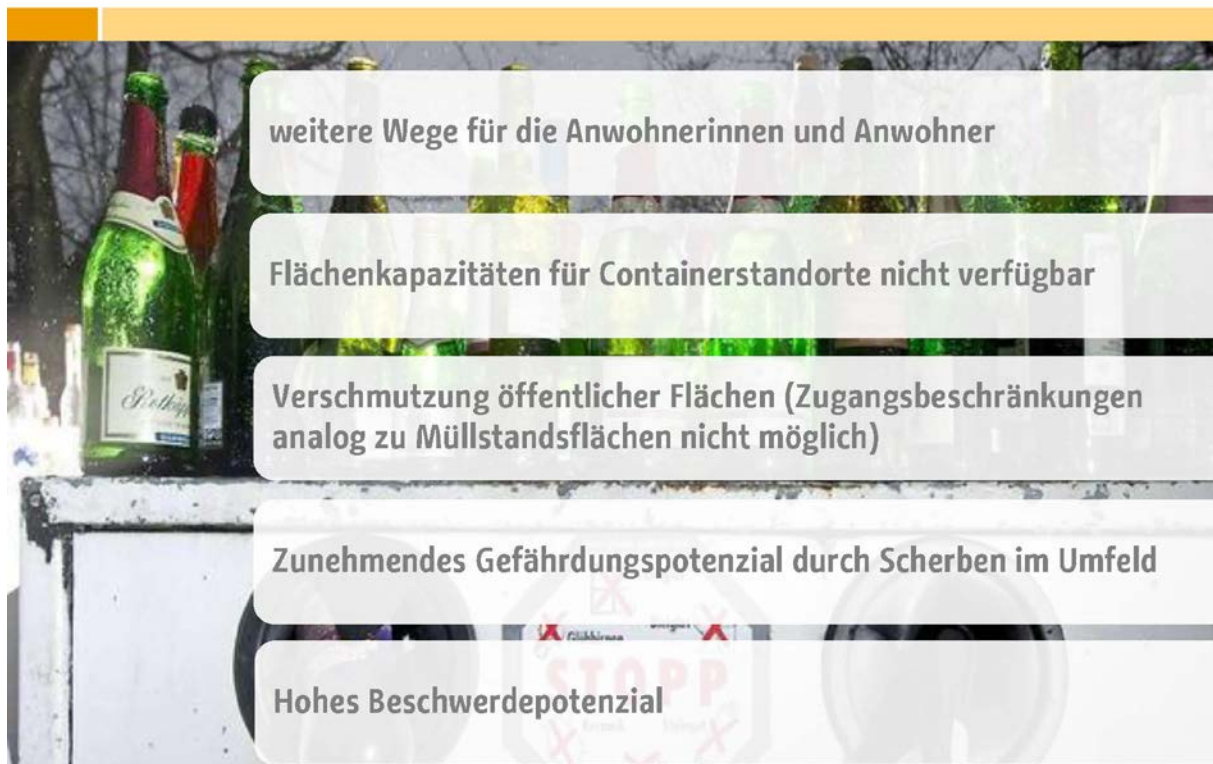
## Anzahl Behälter



6

Hier sehen Sie eine kleine Statistik, wie sich die Anzahl der Standorte erhöht hat. 2012 hatten wir in Marzahn ca. 90, in Hellersdorf waren wir bei ca. 28. Sie sehen, dass diese Standorte nur gering gewachsen sind, weil sie eben keine großen Flächenkapazitäten hatten, selbst in einem Stadtrandbezirk, um zusätzliche Standorte für Container auszuweisen. – Das war nur ein kurzer Überblick über die Anzahl der Behälter.

## Rückkehr zum Holsystem dringend notwendig!



Abschließend ein kleines Plädoyer: Wir würden es sehr befürworten, wenn das Holsystem in den Großsiedlungsbereichen wieder realisiert werden könnte, denn das ist das, was wir an diesen Standorten sehen. Ich habe jetzt darauf verzichtet, ein kleines Best-of der Standorte zusammenzustellen, wie sie denn in der Regel aussehen. Das bedeutet für die BSR zusätzliche Arbeit, was die Reinigung und Sicherstellung dieser Standorte angeht. Das Bringsystem bedeutet für die Anwohnerinnen und Anwohner weitere Wege. Die Flächenkapazitäten für zusätzliche Containerstandorte – selbst wenn wir wollten – wären nicht verfügbar. Die Verschmutzung öffentlicher Flächen nimmt zu, denn auch bei einem sorgsamem Umgang mit dem Thema Glas müssen wir leider zur Kenntnis nehmen, dass trotzdem Bruchglas im Umfeld liegt. Das zunehmende Gefährdungspotenzial habe ich eben angesprochen, das hohe Beschwerdepotenzial, was das Umfeld dieser Container angeht, ebenfalls. – Ich habe ein bisschen überzogen. Deswegen würde ich die Ausführungen jetzt beenden.

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Vielen Dank, Herr Martin! – Frau Nitzsche, Sie haben das Wort!

**Gerlinde Nitzsche** (BWG Nord Ost 77): Ich begrüße die Abgeordneten und anderen Teilnehmer dieser Anhörung und danke für die Möglichkeit, dass wir hier mal unsere Erfahrungen und die Sicht auf die Altglasentsorgung, wie sie sich in den letzten drei Jahren entwickelt hat, darstellen können.




## Die BWG eG Nord Ost 77 in Zahlen

▪ Gründungstag:	21.06.1977	
▪ Trägerbetrieb:	AWG Ingenieurhochbau Berlin (IHB)	
▪ seit 1990:	Berliner Wohnungsgenossenschaft eG Nord Ost 77	
▪ Verwaltete Wohnungen insgesamt:	919	(davon 52 Eigentumswohnungen)
▪ Baujahre:	1977 – 1983	(Serien QP 71 und WBS 70)
3 Standorte:		
Am Bürgerpark in 12679 Berlin-Marzahn		- 577 WE
Am Amanlisweg in 12685 Berlin-Marzahn		- 126 WE
Landsberger Allee / Biesenthaler Str. in 13055 Berlin-Lichtenberg		- 216 WE
Davon 714 Wohnungen in 21 Hochhäusern (7 und mehr Etagen)		

2

[www.nordost77.de](http://www.nordost77.de)

Ich möchte zunächst unsere Wohnungsgenossenschaft vorstellen, bei der ich seit 2007 Vorstand bin: Wir sind – wie der Name „Nord Ost 77“ schon sagt – eine kleine Wohnungsgenossenschaft im Nordosten Berlins, in Marzahn. Unser größter Standort befindet sich Am Bürgerpark, wo wir insgesamt 577 Wohneinheiten haben. Außerdem haben wir noch zwei weitere Standorte: einen kleineren am Amanlisweg und einen weiteren Standort in Lichtenberg mit 216 Wohneinheiten.



Nord Ost 77  
Berliner Wohnungsgenossenschaft eG

Berliner Wohnungsgenossenschaft eG Nord Ost 77


Anhörung am 30.03.2017

## Altersstruktur per 31.12.2016

Altersgruppe	Gesamt	18-39	40-59	60-100
Anzahl d. Mieter	1.224	226	335	663
Anteil (in %)	100	18,5	27,4	54,2

3

[www.nordost77.de](http://www.nordost77.de)



Nord Ost 77  
Berliner Wohnungsgenossenschaft eG

Berliner Wohnungsgenossenschaft eG Nord Ost 77

Anhörung am 30.03.2017

## Auswertung Altersstruktur per 31.12.2016

Von unseren 1.224 Mitgliedern und Mietern waren zum 31.12.2016:

70% älter als 50 Jahre

Rd. 50% zwischen 50 und 70 Jahre

Mehr als 54% älter als 60 Jahre

Mehr als 22% älter als 70 Jahre

4

[www.nordost77.de](http://www.nordost77.de)

Wir haben 1 224 Mieter. Herr Martin hat es ja schon angesprochen. Der Altersdurchschnitt beträgt bei uns 57 Jahre. Das liegt darin begründet, dass wir 40 Jahre alt sind. Viele Mieter wohnen noch in den Wohnungen, die sie zwischen 1977 und 1983 im Erstbezug bezogen haben. Wer einen DDR-Hintergrund hat, weiß, dass man ungefähr im Alter von 30 bis 35 Jahren seine Neubauwohnung bekam. Die sind jetzt also alle zwischen 70 und 80 Jahre alt. Wir haben einen Anteil der 60- bis 100-Jährigen von über 54 Prozent. Das sind Leute, die z. T. auf dem Bau schwer gearbeitet haben. Unser Trägerbetrieb war die Ingenieur-Hochbau Berlin. Die haben, auch wenn sie vom Durchschnittsalter vielleicht noch nicht so alt sind, gesundheitliche Beeinträchtigungen, zum großen Teil Gehbehinderungen usw.

In dieser Situation traf es uns am Wochenende 30. November/1. Dezember wie ein Blitz aus heiterem Himmel, dass unsere Altglascontainer, die wir auf unseren Grundstücken in Waschbetonboxen und Einhausungen vor Vandalismus, Fehleinwürfen und allem anderen gut geschützt untergebracht hatten, einfach abgeholt wurden. Mich erreichte am Sonntagvormittag beim Frühstück ein Anruf meines Aufsichtsratsvorsitzenden, der mich höflich fragte, was da eigentlich vorgegangen sei, aber in dem Moment hatte ich auf diese Frage keine Antwort. Wir haben dann recherchiert. Es hat zweieinhalb Wochen gedauert, bis wir dann diese Antwort hatten. Es stellte sich so dar, dass der Entsorger ALBA, den wir immer für unseren Vertragspartner hielten, der auch unser Altpapier abholte und damit gute Gewinne machte, nicht mehr für uns zuständig war, weil er schon die letzte Ausschreibung nicht mehr gewonnen hatte, sondern dass die Berlin Recycling GmbH für unser Vertragsgebiet die Ausschreibung gewonnen hatte und ALBA als Subunternehmer beschäftigte. Wir sahen immer nur die ALBA-Autos das Glas abholen.

Wir haben dann sehr schnell überlegt, was wir machen. Wir stellten fest, dass unser Restmüll, den wir in den letzten fünf Jahren mit einem Abfallmanagementsystem ziemlich reduziert hatten, um die Abfalltrennung mehr voranzubringen, doch ziemlich um das Altglas zunahm, das jetzt dort landete. Und es stellte sich heraus, dass alle Altglasiglus – bis auf zwei Ausnahmen – mehr als 300 Meter von unseren Eingängen entfernt waren. Das konnte man im Internet feststellen, das haben wir nachgemessen. Deshalb haben wir uns in dieser Frage zweimal an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt gewandt. Beim zweiten Mal, Mitte 2015, hatten wir endlich Erfolg. Am Standort Lichtenberg, wo wir die 216 Wohneinheiten haben, waren die Altglasiglus nachweislich laut Internet mehr als 300 Meter entfernt – diese Angaben standen von vornherein im Internet, auch schon 2013 –, wurden uns dann unsere haushaltsnahen Altglastonnen wieder hingestellt, aber auch nicht so, dass wir ein Schreiben oder eine Entschuldigung bekamen. Es kam ein Anruf von Berlin Recycling, wo denn die Schlüssel für unsere Müllstandflächen wären, sie wollten jetzt unser Altglas abholen.



Berliner Wohnungsgenossenschaft eG Nord Ost 77

**Anhörung am 30.03.2017**

## Entwicklung des Wohnungsleerstands

(stichtagsbezogen jeweils zum 31.12.)

	2006	2016	Veränderung
Leerwohnungen	38	4	- 34
Leerstandquote (%)	5,10	<b>0,46</b>	- 4,64

5

[www.nordost77.de](http://www.nordost77.de)



Berliner Wohnungsgenossenschaft eG Nord Ost 77

**Anhörung am 30.03.2017**

## Mieten und Betriebskosten zum 31.12.2016

Position	BWG eG Nord Ost 77	Berliner Durchschnitt	Vergleich
Nettokaltmieten 2016 monatlich €/m <sup>2</sup>	4,76	5,84	-1,08
Betriebskosten 2015 abgerechnet 2016 monatlich €/m <sup>2</sup>	1,95	2,18	-0,23

6

[www.nordost77.de](http://www.nordost77.de)

Inzwischen hatten wir einen Sonderweg beschritten und die Bartscherer & Co. Recycling GmbH mit der Abholung unseres Altglases beauftragt. Das kostet uns 10 Euro pro Tonne und Monat, die wir auf unsere Betriebskosten umlegen. Wir haben jetzt die Situation, dass die Bürger doppelt dafür bezahlen. Sie zahlen den Aufschlag an der Ladentheke, wenn sie ihre Glasverpackung kaufen, und sie zahlen noch mal die gesonderte Entsorgung. Wir haben das aber gemacht, weil wir Verkehrssicherungspflichten haben. Wir haben festgestellt, in den drei Wochen, in denen die Altglascontainer abgezogen waren, dass das Restmüllaufkommen gestiegen ist und die Verschmutzung unserer Grünflächen mit Altglas zugenommen hat. Die Leute haben das einfach an die Container gestellt und sind weitergegangen. Spielende Kinder haben das dann zerschmissen. Diesen Zustand wollten wir nicht weiter hinnehmen. Wir wollten diesen Zustand mit der Firma Bartscherer eigentlich nur überbrücken. Wir waren immer der Meinung, es muss doch einen Dialog geben. Wenn man schon einen Radius von 300 Metern festgelegt, dann muss er doch auch eingehalten werden. Man kann den nicht einfach so auslegen, dass man sagt, na ja, das ist eine Luftlinie, und die tatsächlichen Wege der Bürger völlig außer Acht lassen. Wir haben das unsere Hausmeister nachmessen lassen. Bis auf zwei Standorte sind die wesentlich weiter als 300 Meter. Wie gesagt: Es ist uns nur am Standort Lichtenberg gelungen, das zurückzudrehen.

Bei uns ist aus dem gesamten Prozess der Eindruck entstanden, dass die Interessen der Bürger, die das Duale System finanzieren, immer mehr in den Hintergrund getreten sind und überhaupt nicht beachtet werden. Es interessiert überhaupt nicht mehr, welche Wege der Bürger hat und ob das Altglasaufkommen erreicht wird. Wie schon gesagt wurde, wurden in den drei Bezirken in den drei Jahren 19 Prozent weniger Altglas gesammelt. Ich höre immer nur – verzeihen Sie, Herr Kurth –, es muss eine höhere Recyclingmenge geben, die Qualität muss steigen, aber der Bürger gerät dabei ein bisschen aus dem Fokus. Und in einem Gespräch bei Dr. Prüfer im Bezirk Lichtenberg hieß es auch nur, man muss die Altglasiglus vor dem kannibalisierenden System der haushaltsnahen Tonnen bewahren. Ich bin immer der Meinung, wir machen hier Politik für die Bürger und die Umwelt, nicht für Altglasiglus. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Vielen Dank, Frau Nitzsche! – Als Nächster hat Herr Oepen das Wort. – Bitte schön!

**Heiner Oepen (ELS):** Guten Tag, meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung! Leider habe ich sie erst gestern erhalten, es aber noch geschafft, den Flieger für heute Morgen aus Bonn zu buchen. Darum Entschuldigung, dass ich die fünf Minuten wahrscheinlich nicht komplett ausnutzen werde, weil mein Referat zu diesem Themenkomplex relativ spontan stattfindet!

Ich bin seit 2013 Geschäftsführer der ELS, aber schon etwas länger mit dem Thema Duale Systeme betraut. Manche nennen mich den Dinosaurier der Dualen Systeme. Ich habe 1992 beim Grünen Punkt angefangen, die ersten Feststellungsanträge mit betreut und konnte somit letztlich einige Erfahrungen in den Jahren sammeln. Die ELS ist seit 2015 als Duales System anerkannt, und seitdem sind wir operativ tätig und jetzt über dieses Verlosungsmodell, das es unter Dualen Systemen gibt, Ausschreibungsführer für das Berlin-102-Gebiet, das jetzt ansteht. Somit haben wir uns natürlich auch viel intensiver mit der Berliner Thematik beschäftigen müssen. Verschiedene Themen waren mir schon vorher bekannt – dass wir hier letztendlich ein Dualsystem haben, also sprich ein Depotcontainersystem zum einen und ein Holsys-



tem zum anderen. Des Weiteren sind wir am Rande beim Thema Glasverwertung auch schon in der Vergangenheit mit diesem Thema konfrontiert worden. Das maßgebliche Problem der Glasindustrie liegt bei solchen Holsystemen bei der Qualität, und das hat sich meines Erachtens leider derzeit noch nicht geändert. Wir haben in Deutschland einen Großteil vereinbarter Systeme, die über Depotcontainersysteme erfasst werden. Mengentechnisch würde ich sogar behaupten, dass wir 95, 96 Prozent der Menge über Depotcontainer erfassen und einen relativ geringen Anteil über solche Holsysteme. Die Holsysteme könnten gegebenenfalls mengentechnisch, rein von der Quantität her, etwas bessere Leistungsdaten haben, aber diese Leistungsdaten werden letztlich relativ schnell zunichte gemacht durch den hohen Aufbereitungsresteanteil, den wir in den Aufbereitungsanlagen haben, und die nachfolgenden Probleme nach einer entsprechenden Verhüttung. Das war, glaube ich, der ausschlaggebende Punkt, dass man in Berlin 2012 in entsprechende Gespräche gegangen ist und sich überlegt hat, wie man diesen Kontext irgendwie auflösen und faktisch eine vernünftige Lösung finden kann.

Zu BE 104 – sehen Sie mir das nach – kann ich relativ wenig sagen. Das ist nicht mein Erfahrungspotenzial, das ich vorweisen kann. Da hätte unser Ausschreibungsführer RKD vielleicht mit am Tisch sitzen und dazu etwas sagen können. Ich hatte mich heute auch noch mal mit Herrn Schneider vom Grünen Punkt zusammengesetzt. Letztlich hat der Grüne Punkt dazu noch ein Papier erarbeitet, in dem auch die entsprechenden Ausführungen enthalten sind, die wir in der Form komplett unterstützen. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Danke sehr! – Herr Schneider, bitte!

**Bernd Schneider (DSD):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Danke für Ihre Einladung zur heutigen Ausschusssitzung! – Vorab darf ich feststellen, dass es mittlerweile zehn Duale Systeme in Deutschland gibt, welche in Landkreisen und kreisfreien Städten unter sich nach Marktanteilen regelmäßig verlosen und dann als sogenannte Ausschreibungsführer für die Abstimmung des Sammelsystems zuständig sind. Im Hinblick auf die hier zu behandelnden Antragsgegenstände weise ich darauf hin, dass für das Vertragsgebiet BE 104 mit seinem Thema „Rückstellung der Glastonnen“ das Duale System RKD – Recycling Kontor Dual – in Köln derzeit Ausschreibungsführer ist. Für das dieses Jahr zur Ausschreibung anstehende Vertragsgebiet Berlin 102 mit seinem Thema „Kein Abzug weiterer Tonnen“ ist das Duale System ELS in Bonn als Ausschreibungsführer ausgelost. Forderungen zur Systemausgestaltung sind zuständigkeitshalber mit diesem Dualen System zu erörtern. Wir als geladenes Duales System Deutschland GmbH können zu den Anträgen an das Abgeordnetenhaus nur grundsätzlich Stellung nehmen, aber das möchten wir gerne tun.

Vorab zur Erinnerung: Als das Berliner Modell 1993 etabliert war, wurden ein Drittel der Glasscherben über die Hoftonnen eingesammelt und zwei Drittel über die Glascontainer. In den letzten Jahren hat sich das Verhältnis jedoch umgekehrt. Die Qualität der über die Hoftonnen eingesammelten Scherben ist aber sehr viel schlechter. Es wird überwiegend nur nach zwei Farben getrennt gesammelt, die Scherben sind sehr stark zerkleinert und sehr viel stärker mit Resten verschmutzt als das Altglas aus den Iglus. Die Veränderungen der Glaserfassung in Berlin haben dazu geführt, dass die Qualität der in Berlin gesammelten Scherben so schlecht ist, dass die Glasindustrie bereits mehrfach angemahnt hat, die Dreifarbsammlung in Berlin wieder zum Hauptsystem zu machen, anderenfalls sei die Abnahme der Scherben gefährdet. Fakt ist, dass wir für die Glassammlung in Berlin sehr viel Aufwand betreiben. Die Ergebnisse der Sammlung über Hoftonnen sind eine schlechte Scherbenqualität, eine hohe

Störstofflast und leider, Frau Platta, angesichts der großen Zahl der Hoftonnen auch nicht eine höhere Sammelmenge. Berlin liegt im Ländervergleich nur an drittletzter Stelle und weit unter dem Bundesdurchschnitt. Zu diesen Zuständen zurückzukehren, kann – insbesondere nach der Vorlage des Cyclos-Gutachtens – keine vertretbare Forderung sein. Vielmehr ist es an der Zeit, das Glassammelsystem stadtweit auf den Prüfstand zu stellen und in die richtige Richtung weiterzuentwickeln.

Zum Antrag der Regierungsfractionen: Der Antrag der Regierungsfractionen wird – erstens – mit einem Rückgang der Glasmenge von 19 Prozent im Vertragsgebiet BE 102 begründet, zweitens mit einem Zuwachs der Glasmenge im Restmüll und drittens mit den von den Bürgern angeblich nicht akzeptierten schlechteren Entsorgungswegen. Alle drei Behauptungen sind unseres Erachtens unzutreffend und rechtfertigen den Antrag nicht. Bereits die Firma Cyclos GmbH als Gutachter hatte sich im Jahr 2015 mit dem angeblichen Glasrückgang um 19 Prozent im Zahlenwerk befasst und war zu dem Schluss gekommen, dass sich dieser Rückgang lediglich rechnerisch aus den abgegebenen Mengenmeldungen ergibt, die in sich inkonsistent und objektiv nicht erklärbar sind. Der für dieses Vertragsgebiet ausgewiesene Mengenrückgang ist im Verhältnis zu dem abgezogenen Behältervolumen überproportional und durch die tatsächlichen Gegebenheiten nicht begründbar.

Im Ergebnis steht für uns gemeinsam mit den Sachverständigen fest, dass der angebliche Mengenrückgang um 19 Prozent nur auf Meldefehlern beruhen kann. Als Entscheidungsgrundlage für den Antrag der Regierungsfractionen taugt ein solcher Meldefehler unseres Erachtens aber nicht. Der im Antrag genannte Anstieg des Glasanteils im Restmüll fußt auf der Untersuchung einer viel zu geringen Anzahl an Ladestellen direkt im Umstellungszeitraum und widerspricht der Langfristanalyse der Cyclos GmbH als Gutachter. Selektive und situative Einzelanalysen zur Grundlage eines Antrags zu machen, halten wir für methodisch falsch und nicht angemessen.

Es ist auch keine tragfähige Behauptung und durch die Wirklichkeit längst widerlegt, dass die Bürger keinesfalls etwas weitere Wege zum Glascontainer zurücklegen möchten. Nach den Umstellungsschwierigkeiten im Jahr 2014 sind die Beschwerden im Jahr 2015 drastisch zurückgegangen. 2016 hatten wir noch zwei Zuschriften von Bürgern mit dem Verlangen, die Behälter wieder aufzustellen. Als Ergebnis vieler Gespräche können wir konstatieren, dass die Bürger nach Erläuterung der Sachlage fast durchgehend verständig reagieren. Dass durch die Dreifarbsammlung in Depotcontainern mehr Scherben im Stoffkreislauf gehalten werden können, ist für viele Ansporn und Anlass, umstandslos den nächsten Iglustellplatz aufzusuchen. Daher können wir die Damen und Herren Abgeordneten nur ermuntern, mehr Vertrauen in ihre Bürger zu setzen.

Auch das Scheitern der BUND-Aktion „Meine Altglastonne“ im Internet belegt, dass die Bürger viel vernünftiger entscheiden, als im Antrag an das Abgeordnetenhaus unterstellt wird. Von den etwa 3,5 Millionen Einwohnern dieser Stadt haben sich seit Beginn der Aktion 2016 ganze 116 Bürger an dem Aufruf beteiligt.

Zum Antrag der CDU-Fraktion: Die hält das Pilotprojekt für gescheitert und fordert eine Rückkehr zum alten System. Das halten wir zum einen aus den obengenannten Gründen für nicht richtig. Zum anderen übersieht der Antrag, dass die Gebietsumstellung in BE 104 nie als bloßer reversibler Pilotversuch gedacht, sondern in allen Abstimmungsunterlagen als dauer-

hafte Systemumstellung einvernehmlich mit der Stadt Berlin vereinbart wurde. Auch ist die Gebietsumstellung nicht gescheitert. Sie ist erfolgreich und belegt, dass eine Systemumstellung zu einer deutlich besseren Scherbenqualität führt.

Im Ergebnis möchten wir daher an Sie appellieren, den beiden Anträgen nicht zu folgen. Unser gemeinsames Ziel sollte vielmehr sein, die ökologische Umgestaltung des haushaltsnahen Glaserfassungssystems in Berlin stadtweit voranzubringen. Derzeit sind wir in ermutigenden Gesprächen mit der Senatsverwaltung und der Berliner Stadtreinigung. Wir möchten Sie bitten, uns auf diesem Weg konstruktiv zu begleiten. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Vielen Dank, Herr Schneider! – Das waren die Eingangstatements der fünf Anzuhörenden, für die ich mich im Namen des Ausschusses bedanke. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben nun die Gelegenheit, sich zu Wort zu melden.

Wir nehmen schon Wortmeldungen entgegen. Ich sehe Herrn Laatsch, ich selber stehe schon drauf, Frau Vogel hat sich auch gemeldet. – Das sind jetzt aber zwei aus einer Fraktion. Ich schlage vor, dass wir jede Fraktion einmal aufrufen und Sie sich dann verabreden, wer zuerst redet, und dann gehen wir rum. Ich sehe Frau Platta und Herrn Kössler für die Grünen. Dann darf ich als Ersten den umweltpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion aufrufen, das bin ich selbst – [Zuruf] – ich habe mich wirklich zuerst gemeldet –, und darf damit die gebotene Zurückhaltung des Vorsitzenden ablegen. Ich kündige das gleich an.

Jetzt darf ich mich für meine Fraktion äußern und muss gestehen: Nach der Anhörung jetzt mit den fünf Anzuhörenden habe ich das Gefühl, wir reden von zwei verschiedenen Städten. Herr Schneider und Herr Oepen, Sie müssen das, was Sie darstellen, irgendwo anders wahrgenommen haben. Es ist etwas anderes als das, was wir von Herrn Martin und Frau Nitzsche sehr deutlich vorgestellt bekommen haben. Wir haben ja auch einen Vorlauf. Herr Schneider! Es waren damals alle fünf Fraktionen der letzten Legislaturperiode, die sich fast zwei Jahre lang an einem Runden Tisch mit Ihnen und anderen Vertretern, der BSR, teilweise der Berlin Recycling, zusammengesetzt haben, um das Problem zu erörtern. Aber dass Sie, mit Verlaub, sich heute trauen, das noch mal zu behaupten, was Sie hier eben für die Dualen Systeme ausgeführt haben, finde ich eine unglaubliche Frechheit. Ich kann es nur so deutlich sagen. Wir haben gemeinsam an diesem Runden Tisch die Bestandsaufnahme durchgeführt, und die Firma Cyclos war beauftragt und hat damals sehr deutlich klargemacht, das, was sie dort an Abfalluntersuchungen durchgeführt habe, wäre beispielgebend und eine intensive Untersuchung, wie man sie in der Form eigentlich kaum jemals irgendwo durchgeführt hätte. Und da sagen Sie heute, diese Ergebnisse der Firma Cyclos wären wertlos, und behaupten genau das Gegenteil. Das ist schon ein starkes Stück, muss ich wirklich sagen.

Wir haben nämlich gelernt, und deswegen hat damals auch einstimmig das gesamte Berliner Abgeordnetenhaus, von links bis rechts, von oben bis unten, am 20. März 2014 beschlossen: Wir wollen das bewährte Holsystem zurückhaben, also dass die Leute hier in Berlin Haus- und Hoftonnen haben. Das haben wir begründet getan, denn wir haben zwei Dinge festgestellt, zunächst – Frau Nitzsche hat das dankenswerterweise schon ausgeführt –: Die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Berlinerinnen und Berliner haben dieses Holsystem schon mal bezahlt, nämlich an der Ladenkasse, überall da, wo der grüne Punkt drauf ist. Damit wird eigentlich von den Dualen Systemen zugesichert, dass es eine ordnungsgemäße, hochqualitative und regelmäßige Entsorgung der Altglassammlung gibt. Das, müssen wir aber sehen, ist in den drei Bezirken, die zunächst betroffen waren, nicht der Fall, und Sie haben ja angedroht, dass Sie jetzt die drei Nordberliner Bezirke dazunehmen wollen, nämlich Reinickendorf, Pankow und Mitte, also das Unheil soll in ganz Berlin seinen Lauf nehmen. Das kann einem als Abgeordneten schon die Schuhe ausziehen, denn wir haben gemeinsam in den Runden zur Altglassammlung festgestellt, dass es ganz andere, ganz einfache Umsetzungsmöglichkeiten und Maßnahmen gibt, um die Qualität deutlich zu erhöhen. Das sind zunächst einmal kleine Öffnungen an den Altglastonnen, die in den Höfen stehen – eine ganz einfache Maßnahme. Zweitens: Wenn man sieht, dass es an bestimmten Standorten so ist, dass die Leute den Deckel öffnen, um große Dinge, große Scherben, was weiß ich, den ganzen Kinderwagen einzuwerfen, macht man die Tonnen schlichtweg verschließbar, und schon sind Sie einen Großteil der Vermüllung und der Qualitätsprobleme los.

Das von Ihnen beauftragte Gutachten, Herr Schneider, hat eindeutig festgestellt, dass die gesammelte Altglasmenge in dem ersten Jahr auch in Marzahn-Hellersdorf um praktisch ein

Fünftel zurückgegangen ist, die Getrenntsammlung von Altglas, um genau 19 Prozent, und dass zur gleichen Zeit festgestellt werden muss, dass in den anderen Tonnen, also im Restmüll, deutlich mehr Glas angetroffen wurde. Das ist ökologisch und ökonomisch fatal. Das wollten wir damals nicht, und das wollen wir immer noch nicht, das werden wir auch in der Form nicht akzeptieren – darum jetzt erneut der Antrag der Koalitionsfraktionen. Ich darf Ihnen sagen, wir haben auch in der letzten Sitzung schon feststellen können, dass es da auch in der jetzigen Legislaturperiode einen relativ großen Konsens gibt. Es hat ja einen Grund, dass auch die CDU den Besprechungspunkt angemeldet hat. Wir sehen, dass wir von der Bundesebene, Herr Kurth, leider keine Unterstützung bekommen beim Verpackungsgesetz. Das ist so, das liegt an anderen Konstellationen. Hier in Berlin sind wir uns einig, dass wir das nicht akzeptieren wollen. Darum kann ich nur noch mal alle bitten, das System, das sich über Jahrzehnte in Berlin bewährt hat, auch wirklich sicherzustellen. Da gibt es entsprechende Gespräche, Verhandlungen. Das wäre auch die Frage an die Senatsverwaltung, inwieweit wir tatsächlich ertragen müssen, dass das Unheil hier ausgeweitet wird, oder inwieweit wir die geordneten Verhältnisse für Berlin zurückbekommen können. Können Sie das noch mal ausführen?

Ich darf auf einen zweiten Punkt hinweisen, Herr Schneider und Herr Oepen, den Sie noch gar nicht erwähnt haben: Es geht auch um die sogenannten Nebenentgelte, und da haben Sie sich noch so ein Ding geleistet. Bisher und über viele Jahre war es selbstverständlich, dass die Dualen Systeme 1,79 Euro pro Einwohner und Jahr an das Land Berlin überwiesen haben, also 6 bis 7 Millionen Euro im Jahr. Das haben Sie einseitig zum 1. Januar 2016 eingestellt, und statt 1,79 Euro überweisen Sie jetzt 52 Cent pro Einwohner und Jahr. Die Begründung wüsste ich gern mal von Ihnen. Nach allem, was ich aus anderen großen deutschen Städten weiß, wäre das ein Negativrekord an Zahlungen an eine Stadt. Wie begründen Sie das eigentlich? Dadurch entsteht natürlich das Problem, dass mit den Entgelten, die dort bewusst verwandt werden sollen, nur noch der minimale Zweck erfüllt werden kann, nämlich gerade mal ein Stück Umfeldreinigung um die Altglascontainer, die auf den Straßenrändern stehen, und ein ganz kleiner Teil Abfallberatung. Der Großteil aber ist weggefallen. Das ist eine Kürzung um über 70 Prozent, und Sie können, glaube ich, kaum jemandem hier verständlich machen, wieso Sie das getan haben. Sie gehen darauf auch gar nicht ein. Herr Oepen, Sie haben zu der neuen Ausschreibung, wo Sie dann im Gebiet 102 führen, leider noch keine Ausführungen gemacht. Dazu hätten Sie in der zweiten Runde noch mal die Gelegenheit.

In Summe muss ich für die SPD-Fraktion feststellen – ich glaube, ich kann zumindest auch für die Koalitionsfraktionen sprechen –: Wir haben hier eine große Unverschämtheit erlebt. So wie das Duale System damals, Ende 2013, Knall auf Fall ohne irgendeine Ankündigung viele Hoftonnen einfach abgezogen hat mit dem entsprechenden Chaos, das Sie zu verantworten haben und damals produziert haben, wollen Sie uns jetzt durch die Kürzung der Nebenentgelte die Finanzierung der weiteren Maßnahmen der Abfallberatung im Land Berlin, der „Trenntstadt“-Aktivitäten, die wir im Land Berlin machen, also Abfallberatung, Abfallvermeidungsmaßnahmen, massiv zusammenkürzen von 1,79 Euro auf 52 Cent. Ich glaube, das leuchtet in jedem Fall ein. Das ist schon ein starkes Stück, das Sie uns in der Stellungnahme hier gegeben haben. – So, das war mein Beitrag als Sprecher der SPD-Fraktion.

Jetzt darf ich wieder ganz neutral als Vorsitzender die Sitzung führen. Als Nächstes hat Frau Vogel das Wort.

**Katrin Vogel** (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Ich muss ja heute einspringen für Danny Freymark, unseren umweltpolitischen Sprecher, der heute leider nicht hier sein kann. Ich kann mich Ihren Ausführungen vollumfänglich anschließen. Auch meine Fraktion hat dazu den entsprechenden Antrag gestellt. – Ich bin einigermaßen überrascht, dass Sie jetzt davon reden, dass es um eine dauerhafte Systemumstellung und eben nicht mehr um ein Pilotprojekt geht, denn so, wie es damals eingeführt wurde, ging es sehr wohl um ein Pilotprojekt. Deshalb wurden auch erst nur drei Bezirke ausgewählt, um zu sehen, wie es läuft, und dann, wenn man die Ergebnisse ausgewertet hat, eine Entscheidung zu treffen, ob man es für die ganze Stadt macht oder nicht. Ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass Sie jetzt die Ergebnisse vortragen, die dieses Pilotprojekt in den drei Bezirken erbracht hat. Wir haben deutlich den Rückgang des gesammelten Glases gesehen, er liegt bei 19 Prozent. Es kann ja nicht das Ziel der ganzen Sache sein, diese Altglassammlung zu reduzieren. Sie hatten vorhin angeführt, dass es eine schlechte Scherbenqualität gibt, dass wenig gesammelt wird in diesen Holbehältern, dass die verschmutzt sind. Ja, wenn man auch Behälter auf den Hof stellt, in denen nur zwei Farben gesammelt werden können, dann muss man sich auch nicht wundern, wenn die Qualität schlechter ist als in diesen Iglus, wo drei Farben zur Verfügung stehen. – So viel dazu!

Sie sagten noch, dass die Leute sehr verständig reagieren, wenn man mit ihnen darüber redet. Da haben wir eine ganz andere Resonanz von den Leuten überall vor Ort. Die Leute sind alles andere als verständig. Ich komme aus Treptow-Köpenick, für meinen Bezirk kann ich Ihnen das versichern. Ich denke, man sollte auch als Duales System jetzt den Willen der Leute vor Ort und vor allen Dingen auch den politischen Willen der Abgeordneten zur Kenntnis nehmen.

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Danke sehr, Frau Vogel! – Jetzt hat Herr Scholtysek für die AfD das Wort.

**Frank Scholtysek** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich persönlich finde an dieser ganzen Diskussion besonders interessant, dass offensichtlich eine sehr unterschiedliche Wahrnehmung herrscht, einerseits Pilotprojekt, andererseits ist es, wie Herr Schneider sagte, laut Vertrag eine dauerhafte Lösung. Also irgendwo scheint da schon mal ein Problem in der Verständigung zu sein oder auch gewesen zu sein. Wir haben in der letzten Ausschusssitzung gehört, dass dem Senat hier offenbar die Hände gebunden sind, und ich habe auch in der letzten Ausschusssitzung schon gesagt, dass nach meinem Verständnis die damaligen Verantwortlichen sich ganz offensichtlich wohl haben über den Tisch ziehen lassen. Ich möchte noch mal unterstreichen, dass wir somit gerade Zeuge der Hilflosigkeit der Berliner Regierung in diesem Punkt werden. Das ist aber die eine Sache.

Wir haben zudem gehört, dass beide Systeme – das hatte Herr Kurth gesagt – gewisse Vor- und Nachteile haben, Qualität und Kosten gegenüber Komfort und Bürgerfreundlichkeit. Wenn ich mir vorstelle, dass bei einer Gesamtberliner Einführung des Containersystems, also des Bringsystems, die ganze Stadt alle 300 bis 500 Meter mit drei Glascontainern vollgestellt wird, dann finde ich diesen Gedanken ziemlich erschreckend. Herr Kurth sprach vorhin von einem pragmatischen Weg, den man gehen sollte, und er hat zudem gesagt, dass man mit beiden Systemen eine Verbesserung der Ergebnisse erzielen könnte. Wenn ich das beides zusammennehme, den pragmatischen Weg und aus beiden Systemen eine Verbesserung, dann hört sich das für mich nach einem Kompromiss an, den man hier vielleicht schließen könnte,

und da stellt sich mir jetzt die Frage: Wie könnte so ein Kompromiss aussehen? Wäre der überhaupt möglich? Und wenn ja, ist Ihnen vielleicht diesbezüglich irgendetwas bekannt? Gibt es vonseiten der Dualen Systeme irgendeine Bereitschaft, oder hat es vielleicht auch schon irgendwelche Gespräche gegeben, von denen wir gar nichts wissen? Wie ist da die Situation momentan, wie schaut das aus?

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Danke sehr! – Kollegin Platta für die Linksfraktion!

**Marion Platta (LINKE):** Vielen Dank! – Es ist ja wieder erhellend gewesen, besonders der Beitrag von Herrn Schneider. Wir kennen uns ja schon länger, aber es ist immer wieder lustig anzuhören. Vor allen Dingen frage ich mich jedes Mal aufs Neue, wie Sie Ihre Verantwortung wahrnehmen. Wenn Sie sagen, hier sind Meldefehler entstanden durch die Einzelnen, die das Glas an den einzelnen Standorten einsammeln, dann frage ich mal ganz nebenbei: Ist es denn nicht geregelt, wie diese Meldungen vonstattengehen sollen? Haben Sie als Systembetreiber nicht letztendlich auch eine Verpflichtung, diese Regelung dann neu zu verfassen oder anders anzugehen, damit gerade nicht solche Meldefehler entstehen? Die haben Sie jetzt hier hervorgehoben, von denen sind wir allerdings nicht überzeugt, denn nicht umsonst ist ja dieses Gutachten dieses eine Jahr gelaufen. Letztendlich muss man sich dann auch aus Ihrer Sicht mit dem Ergebnis des Gutachtens auseinandersetzen. Die nächste Frage dazu ist: Was haben die anderen zwei – das Gutachten lief ja nur über das erste Jahr der Umstellung – von den drei Jahren aus Ihrer Sicht gebracht?

Die nächste Frage geht an Herrn Oepen: Wenn Sie jetzt die Systemausschreibung für das Gebiet 102 vornehmen, wie haben Sie sich als Neuer hier in Berlin mit der Art und Weise, wie in der Vergangenheit mit der Altglassammlung umgegangen worden ist, beschäftigt? Wer legt überhaupt fest, wer von Ihren zehn oder elf Beteiligten hier in Berlin den Zuschlag erhält und Ausschreiber für die vier Gebiete ist?

An Frau Nitzsche habe ich die Frage: Wenn hier immer wieder gesagt wird, dass das Holsystem qualitative Mängel hat, ist das Ihnen gegenüber zu irgendeinem Zeitpunkt mal kundgetan worden durch die Glassammler? In dem Fall war es offensichtlich ALBA, was uns in dem Sinne auch nicht bekannt war. Hat ALBA Ihnen irgendwann mal mitgeteilt, dass die Qualität in den Tonnen, die bei Ihnen standen, nicht in Ordnung ist? Mussten zu irgendeinem Zeitpunkt Tonnen stehenbleiben und als Müll deklariert werden, oder hat es dort niemals ein Signal gegeben, dass da irgendwas von der Qualität her nicht stimmen sollte?

Was mich noch interessieren würde, weil Sie speziell als Wohnungsunternehmen die Leidtragenden sind und hier immer wieder gesagt wird, dass die Dreifarbsammlung eine viel bessere Einsammlung von Glas bringen würde: Ist die Dreifarbsammlung auf Ihren Grundstücken möglich, oder wäre sie möglich? Bisher war es ja so, dass in den Hoftonnen überwiegend Bunt- und Weißglas gesammelt wurde, aber keine Tonnen für Grün- und Braunglas aufgestellt wurden. Ist es überhaupt jemals eine Diskussionsgrundlage von irgendjemandem, der Hoftonnen aufgestellt hat, gewesen, dass auch ein Mehrfarbsystem auf Ihren Grundstücken möglich wäre?

An Herrn Martin habe ich die Frage: Sie haben vorhin in Ihrer Präsentation auch ein Bild der offensichtlich privaten Abstellanlage für Abfall gezeigt, auf dem aus meiner Sicht zumindest erkennbar war, dass man durchaus noch eine zusätzliche Tonne, also für Braunglas, hätte auf-



stellen können. Gab es in der Debatte im Bezirk auch Hinweise aus den Wohnungsunternehmen, dass die Dreifarbsammlung auf den privaten Standorten möglich gewesen wäre?

Die nächste Frage bezieht sich auf die Standorte im öffentlichen Straßenland. Ich habe mir auch diese Standorte angeschaut, ich komme aus Lichtenberg. Natürlich ist es so, dass die im öffentlichen Straßenland eher ein klägliches Dasein fristen. Entweder werden sie beklebt oder beschmiert oder sonst irgendwas, und am liebsten wird noch was danebengestellt. Es ist ja leider nicht so, wie in den privaten Abstellanlagen, dass es im öffentlichen Straßenland eine Art soziale Kontrolle gibt, und deswegen lässt auch das Niveau dieser Stellplätze sehr zu wünschen übrig. Ich habe mich in anderen Städten umgeschaut. Marburg ist immer eine Reise wert, nicht nur weil da viele kulturelle Einrichtungen sind, viele Bibliotheken, Bücherläden usw. Dort haben wir überwiegend im öffentlichen Straßenland Unterflursysteme. Das ist ja das, was hier in Berlin eher Mangelware ist, und deshalb ist meine Frage: Wäre es aus Ihrer Sicht vorstellbar, dass man gerade da, wo es vom äußeren Anblick her gegeben ist, diese Standorte im öffentlichen Straßenland grundsätzlich nur als Unterflursysteme ausschreibt oder vielmehr genehmigt?

An Herrn Kurth habe ich die Frage: Sie haben vorhin gesagt, dass nicht Rücksicht auf das genommen wird, was der Deutsche Städtetag empfohlen hat, dass Gemeinden also offensichtlich bei der Glassammlung nach wie vor nicht berücksichtigt werden sollen. Mich interessiert, warum Sie als Verband, der sich mehr mit den Entsorgern beschäftigt, sich so gegen die Kommunen stellen und was da für Sie ausschlaggebend ist. Hat es nicht am Ende doch eher die Gewinnspanne für die Dualen Systeme bewirkt, dass wir als Kommune keine Möglichkeit haben sollen, darauf Einfluss zu nehmen, wie die Glassammlungen erfolgen?

Die letzte Frage ist: Wenn ich weiß, dass man Glas zu 100 Prozent recyceln kann, warum finden Sie 80, 85 oder 90 Prozent okay bei der Glassammlung?

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Danke sehr! – Für Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Kössler!

**Georg Kössler (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Danke an die Anzuhörenden für ihre Beiträge! Da habe ich auch wieder viel gelernt. Ich bin ja als einziger von den Umweltpolitikern neu im Parlament und habe relativ wenig Bock auf die alten Streitereien, ob das damals ein Pilotprojekt war oder nicht. Fakt ist, dass es ein Problem ist. Wir können uns auch über die Bundesebene unterhalten, dazu hat meine Partei auch eine dezidierte Meinung, aber das macht jetzt wahrscheinlich auch keinen Sinn. Nur so viel: Wir warten mal die Wahl ab, vielleicht gibt es dann doch noch mal eine Umstellung. Wir können natürlich auch über die Scherbengröße reden und wer wie oft umlädt und welche Container, aber eigentlich ist das auch nicht besonders zielführend.

Ich fand gut, was Herr Kurth am Anfang gesagt hat. Für mein Verständnis: Es gibt keine Pauschallösung. Es ist ambivalent, hier ein bisschen mehr die Mengen, dort ein bisschen mehr die Qualität. Für mein grobes Verständnis finde ich das ganz gut, und da wir in Berlin ja sowieso schon immer beide Systeme hatten und auch in Zukunft haben werden – wir streiten ja, wo und wie viel, und nicht, dass –, müssen wir für beide Systeme Verbesserungen erringen. Da gibt es keine Pauschallösung, und was ich jetzt schon gelernt habe, ist, dass wir wahrschein-

lich viel mehr ins Detail gehen müssen bei Lösungen – nicht mehr pauschal 8 000 Tonnen abziehen oder pauschal das Holsystem oder pauschal Depotcontainer.

Da würde ich Sie um mehr Zahlen und Daten bitten, und vielleicht können Sie das machen, ohne auf diese Studie, die viel zitiert wurde, zu verweisen, weil die ja offensichtlich sehr ambivalent zu interpretieren ist. Nachdem ich sie gelesen habe, sehe ich es eher wie Herr Buchholz oder Frau Platta, aber offensichtlich kann da jeder etwas anderes herauslesen. Gibt es neue Daten? Im Gebiet 104 wurde ja umgestellt. Gab es da neue Untersuchungen? Gibt es neue Daten nicht nur zum Vergleich Hol- und Bringsystem, sondern auch zum Vergleich herkömmliches Holsystem gegenüber dem modernen Holsystem mit all diesen Vorschlägen, die ja in der letzten Anhörung schon besprochen wurden? Da habe ich die Frage – wer auch immer sie beantworten kann –: Welche Erfahrungen gibt es mit der Dauer, den Kosten und der Akzeptanz einer Umstellung innerhalb des Holsystems bei einer Modernisierung? Es ist mir noch nicht ganz klar, welche Kosten damit einhergehen.

Herr Kurth hat gesagt, pragmatisch und nicht ideologisch. Ideologisch will ich nicht werden, ich möchte aber darauf hinweisen, dass das Ganze auch eine politische Ebene hat. Ich als Grüner kann mir z. B. im Bereich Klimapolitik auch viele Sachen vorstellen, die ich ökologisch für sinnvoll halte, die ich aber trotzdem nicht einfach mal so beschließe, weil ich die Leute mitnehmen will. Das müssen wir hier auch mitbedenken. Wir als gewählte Abgeordnete müssen die Leute mitnehmen, und ich bitte Sie darum, das mitzubedenken. Herr Martin hat das schon ganz richtig gesagt: Das ist eine ältere Bevölkerung, und es gibt Probleme mit den Iglus. Die ganze Palette ist ja genannt worden.

Zu den Nebenentgelten noch eine Sache: In der letzten Anhörung, habe ich im Protokoll gelesen, hat der damalige Staatssekretär Gaebler gesagt, dass es im Bundesdurchschnitt 1,6 Cent sind, und darauf wurde meines Erachtens nicht geantwortet. Vielleicht können Sie mir da noch mal Zahlen nennen, wie der Bundesdurchschnitt ist, davon abgesehen, dass Berlin eine Sonderstellung hat, weil wir hier ein gewachsenes System haben. Aber vielleicht können Sie da Daten nennen.

Noch etwas: Wir haben uns als neue Koalition vorgenommen, diese Stadt Richtung Zero Waste zu bringen, mehr mit den Menschen zu machen, und das kostet eben auch Geld. Wenn jetzt die Nebenentgelte einseitig gekürzt werden sollen, dann verstehe ich das als versuchte Sabotage an unserem politischen Projekt, und das nehme ich persönlich, und da müssen Sie auch mit Widerstand rechnen. Das geht gar nicht.

An das DSD noch die konkrete Frage nach den Kosten des Hol- und des Bringsystems. Die Iglus sind ja offensichtlich preiswerter für Sie, deswegen wollen Sie die lieber. Aber was sind die konkreten Zahlen? Legen Sie doch mal Zahlen auf den Tisch, damit wir hier ehrlich diskutieren können!

An Herrn Martin die Frage, anschließend an das, was Frau Platta schon gesagt hat, mit Blick auf die Iglus und die Probleme: Wenn diese Iglus Probleme verursachen, sei es, weil Sie die Standorte nicht haben, weil es massive Verschmutzungen gibt, dann frage ich mich: Kann man ein System überhaupt so umstellen? Hat der Bezirk nicht eine Verantwortung, da auch zu sagen: Okay, die Plätze sind nicht da, wir können sie nicht ausweisen, es ist zu verschmutzt, es geht hier nicht. Wir müssen sie wieder abziehen. – Vielleicht werden auch die Entgelte

nicht bezahlt. Glauben Sie, dass die Dualen Systeme überhaupt ihrer Verpflichtung nach dem Verpackungsgesetz nachkommen können in einer so verdichteten Stadt mit den Problemen, wie sie Berlin hat?

Ich möchte mit etwas Positivem enden, wir wollen ja alle was lernen: Ich würde von Ihnen allen gerne wissen, was Sie bisher – wir reden seit zwei Jahren hier in Berlin darüber oder noch länger – gelernt haben, wie man die Bevölkerung besser mitnehmen kann. Frau Nitzsche hat schon sehr interessante Sachen gesagt. Wie kann man die Bevölkerung besser einbeziehen, und was nehmen Sie sich vor, in Zukunft besser zu machen? – Denn das ist ja einer der Hauptproblempunkte gewesen.

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Danke schön! – Für die FDP der Kollege Schmidt!

**Henner Schmidt (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir hatten, wie die meisten anderen Fraktionen auch, in der letzten Ausschusssitzung ein klares Prä für das Holsystem, weil eben, wie Frau Vogel es schon sagte, die meisten Bürger auf einen zukommen und ganz klare Präferenzen haben und es lieber haben, dass die Tonne abgeholt wird, als dass sie zum Iglu laufen. Wenn man jetzt hier dazukommt und die alte Debatte sieht, finde ich es auch ärgerlich und unverständlich: 2012 ein Antrag, 2014 ein Beschluss, 2016 noch mal eine Anhörung. Ich habe den Eindruck, dass wir seitdem überhaupt nicht weitergekommen sind. Es gab jetzt sehr viele Fragen zu Details von den anderen Kollegen, die teilweise auch auf meiner Liste standen. Ich hätte zusätzlich noch ein paar, die sich eher auf das Qualitative beziehen, nämlich erstens die Grundfrage: Woran liegt es eigentlich, dass in Berlin die Mengen und die Qualität schlechter sind als woanders? Das fällt ja auf, das wurde auch schon mehrmals gesagt. Welche anderen Maßnahmen als nur die einfache Entscheidung Hol- oder Bringsystem hätte man denn, um das stärker zu differenzieren und mehr Qualität bei der Sammlung zu erreichen?

Uns als Fraktion war es wichtig – das werden wir auch noch mal in der Antragsdebatte haben –, was man zusätzlich machen kann, um bessere Qualität zu sammeln und überhaupt eine hohe Recyclingquote zu ermöglichen, und auch zu erfahren, welche Überlegungen Sie in den Dualen Systemen haben, wie man das stärker innerhalb der Stadt differenziert. Wir haben das ja schon für Marzahn-Hellersdorf gehört, es gibt Großsiedlungen, Einfamilienhaussiedlungen, wir haben Altbauquartiere. Da bestehen ganz andere Anforderungen, wie das Altglas anfällt, wie stark es verdichtet ist. Was für Überlegungen gibt es, wie man da eine bessere Lösung finden kann, die auf die einzelnen Quartiere passt?

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Vielen Dank, Kollege Schmidt! – Damit hatten zunächst alle sechs Fraktionen die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Davon ist auch ausgiebig Gebrauch gemacht worden. Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt zunächst der Senatsverwaltung die Möglichkeit zu einer Stellungnahme geben und dann die fünf Anzuhörenden wieder dran sind. – Bitte schön, Herr Staatssekretär Tidow!

**Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK):** Ganz herzlichen Dank! – Auch vielen Dank für diese Anhörung, die wichtig und interessant ist! Ich will zunächst einmal sagen, dass wir den alten Beschluss des Abgeordnetenhauses und auch den wahrscheinlich heute zu fassenden Beschluss des Abgeordnetenhauses nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern das ist für uns als Senatsverwaltung natürlich auch handlungsleitend. Wir möchten zu einer Verbesserung der Situation kommen aus vielfältigen Gründen, die hier auch schon angesprochen worden sind.

Wir müssen die Qualität der Altglassammlung verbessern, wir möchten die Quantität erhöhen, und das Ganze muss bürgernah geschehen. Es ist aber auch so, und ich habe das hier schon mehrfach gesagt, dass wir die Dualen Systeme nicht verpflichtend anweisen können, wie die Sammlung im Einzelnen zu erfolgen hat, das gibt die Rechtslage nicht her, und wir können auch nicht anordnen, Maßnahmen wieder rückgängig zu machen.

Ich will daher auch ausdrücklich noch mal sagen – weil das Gebiet 104 eine Rolle gespielt hat –: Die Verlängerung, bei dem eingeführten System zu bleiben, ist ausdrücklich gegen den Willen der Senatsverwaltung erfolgt. Das ist die rechtliche Situation. Wir sind – das wissen Sie, Herr Schneider hat auch darauf hingewiesen – auf Fachebene in Gesprächen mit den Dualen Systemen. Ich bitte um Verständnis, ich will daraus nicht im Detail berichten. Es ist bei Gesprächen und Verhandlungen so, dass es, glaube ich, jetzt nicht zielführend ist, im Einzelnen den Stand zu rekapitulieren. Ich höre und habe eigentlich gute Signale, dass es sehr konstruktive Gespräche sind. Insofern bin ich auch etwas verwundert gewesen, Herr Schneider, über Ihre Ausführungen. Ich finde es aber durchaus legitim, mindestens in einer ersten Runde noch mal seine Grundsatzposition zu markieren. Das muss vielleicht sein, aber es ist auch völlig klar für uns: Das kann in dieser Apodiktik keine Grundlage für konstruktive Gespräche und ein konstruktives Ergebnis sein.

Wir fühlen uns, wie gesagt, an den Beschluss des Abgeordnetenhauses gebunden. Wir können uns vorstellen, da die Rechtslage so ist, wie sie ist, in den jetzt zur Ausschreibung stehenden und grundsätzlich in allen Gebieten auch über eine Optimierung im Sinne der Systembetreiber nachzudenken, allerdings – das will ich deutlich sagen – nur auf freiwilliger Basis, und wir verbinden damit auch, dass wir im Gebiet 104 eine Verbesserung gegenüber dem Status quo erzielen, das heißt für uns da auch Rückkehr zu einem Holsystem. – Das ist das, was uns in den Gesprächen leitet. Wir glauben, das sind die Korridore, auf denen wir uns bewegen, und ich habe, wie gesagt, bisher den Eindruck, dass wir uns da auf einem guten Pfad bewegen. Selbstverständlich wird dem Ausschuss dann, wenn die Gespräche in dem Zustand sind, dass man sagt, hier haben wir ein Ergebnis zu präsentieren, auch zu berichten sein. – Herzlichen Dank!

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann haben jetzt die fünf Anzuhörenden wieder das Wort. Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt in umgekehrter Reihenfolge vorgehen. Damit ist Herr Schneider der Erste.

**Bernd Schneider (DSD):** Vielen Dank, Herr Buchholz! – Ich danke auch ausdrücklich Herrn Tidow für die Worte eben. Das ist vielleicht der richtige Weg, das Thema anzugehen und konstruktiv nach vorne zu gucken. – Auf Ihre Einwände zu Beginn, Herr Buchholz, möchte ich kurz eingehen.

Wir hatten genau vor einem Jahr einen Brief von Frau Nitzsche an die Senatsverwaltung, wo jede Menge Standplätze bemängelt wurden, dass die zu weit weg seien, 20 Stück. Wir haben uns das im Detail angeschaut, und keine der Behauptungen war richtig. Bei vielen dieser Anfallstellen gab es vorher gar keine Glastonnen. Wir haben auch überhaupt nichts abgezogen. Bei anderen war zwar der Weg zu dem genannten Behälter weiter; allerdings gab es in einer anderen Ecke, in 140 Metern Entfernung, einen weiteren Standplatz, der zwanglos hätte benutzt werden können. Also es hat sich alles nicht bewahrheitet, was gesagt wurde. Es gibt keine zwei Welten in Berlin. Ich denke, es gibt eine. Man sollte nicht Nebelkerzen werfen, das ist nicht hilfreich.

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Darf ich Sie bitten, das Mikro ein bisschen an sich heranzuziehen? Wir verstehen hier vorne fast gar nichts. Danke schön!

**Bernd Schneider (DSD):** Aber gern! – Frau Vogel von der CDU: Sie finden die dauerhafte Systemumstellung überraschend. Das ist nicht überraschend. Das greift ein bisschen in das ein, was der Abgeordnete von der AfD gesagt hat. Wir haben niemanden über den Tisch gezogen bzw. über den Tisch ziehen lassen. Es gab Brandbriefe der Glasindustrie an den damaligen Senator, die gesagt haben: Die Qualität in dieser Stadt ist so schlecht, dass wir das Glas nicht weiter annehmen möchten. Wir müssen es einmal, zweimal, dreimal aufbereiten. Es ist billiger, Neuglas herzustellen. So macht Recycling keinen Sinn mehr. – Das war damals die Zeit, als die Wertstofftonne eingeführt werden sollte. Es gab Gespräche, es gab eine neue Abstimmungsvereinbarung. Da wurde auch ein Weg für das Glashema festgehalten. Das war in § 6 geregelt, ein Arbeitskreis. Hier ist überhaupt niemand über den Tisch gezogen worden. Wir haben ein geordnetes Verfahren verabredet, haben es auch eingehalten, und so kam es zu der Einstellung. Das war nichts über Nacht, das war nichts hoppladihopp, und hier hat sich auch niemand über den Tisch ziehen lassen. Das war einfach ein geordnetes Verfahren.

Die Meldefehler von Frau Platta habe ich mir als Nächstes notiert. Wenn Sie das Gutachten ab Seite 130ff. lesen: Da kommen die Gutachter zu dem Ergebnis, dass Grünglas nur um 5 Prozent zugenommen hat, Braunglas und Weißglas aber etwa um 45 Prozent, und sagen, das ist nicht schlüssig, denn die Bürger lassen nicht das Grünglas zu Hause und bringen nur Weiß- und Braunglas hin. In diesen Meldevorgängen sind mehrere Fehler. Deswegen ergibt es rechnerisch 19 Prozent, aber die Gutachter sagen auch: Wir glauben nicht, dass es 19 Prozent Mengenrückgang gab. – Diese Behauptung ist nicht richtig, dabei bleiben wir. Es ist richtig, dass es gewiss einen Mengenrückgang gegeben hat, das ist normal bei so einer Umstellung, es ist aber auch ein Teil des Restmülls nicht mehr bei uns angekommen. Das wird auch einen Teil des Rückgangs ausgemacht haben.

In Marburg gibt es Unterflursysteme. Die gibt es auch zum Beispiel in der Stadt Halle sehr zahlreich. Die Unterflursysteme setzen voraus, dass die Geologie das erlaubt. Berlin liegt im Urstromtal. Es gibt große Flächen, wo das Grundwasser schon bei anderthalb Metern ansteht. Da wird man vernünftigerweise keine Unterflursysteme installieren können. Ansonsten sind auch wir dafür. Es gehört auch zu dem neuen Konzept, dass wir Unterflursysteme unterstützen und fördern wollen, wo es geht, weil die Geologie es erlaubt. Das ist kein Konzept, das wir ablehnen, im Gegenteil. Das kann bei einigen Großwohnanlagen durchaus Sinn machen, das wollen wir auch unterstützen. Allerdings muss klar sein, dass es in dieser Stadt, in Berlin, auf großen Strecken nicht gehen wird, weil das Grundwasser zu hoch steht.

Herr Kössler von den Grünen! Zum Nebenentgelt und Glas: Das Nebenentgelt ist ein langes Thema, das wir erörtert haben. Es gibt bundesweit eine Matrix, die mal mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt war, wie die Dualen Systeme Nebenentgelte bezahlen. Da sollte, grob gesagt, auch der Aufwand in den Blick genommen werden. Wer zum Beispiel Papiercontainer draußen hat, muss auch für die noch einen Standplatz herrichten, muss dort streuen, hat Verkehrssicherungspflichten. Wer die nicht hat, hat weniger Aufwand. Da gibt es eine pauschalierende Betrachtungsweise, die wir bundesweit anwenden, und nach dieser Matrix wäre Berlin bei 52 Cent pro Einwohner und Jahr einzustufen. Wir hatten lange Jahre 1,79 Euro gezahlt, die sachlich nicht gerechtfertigt waren. Als die Gespräche begannen, dass wir Systeme umstellen, kam auch das Thema auf die Tagesordnung. Wir konnten uns schlicht nicht mit dem früheren Staatssekretär einigen. Die Systeme haben dann das gezahlt, was sie in jeder anderen Stadt, in jedem anderen Landkreis auch zahlen würden. Wir sind da noch in einem Findungsprozess, der noch nicht abgeschlossen ist. Es gehört allerdings zu den neuen Gesprächen, dass wir uns einem Kompromiss annähern werden, wollen und auch können. Also die 52 Cent sind nicht gesetzt, Herr Kössler, da wollen wir uns auch bewegen.

Herr Schmidt von der FDP fragte, warum die Mengen und Qualitäten schlechter sind. Sie waren damals bei uns am Runden Tisch nicht dabei. Ich habe Ihnen mal drei Fotos mitgebracht, die vor zwei Tagen in Großräschen entstanden sind – dort ist eine Glasaufbereitungsanlage von Veolia –, das ist 40 Kilometer südlich von Lübbenau an der Grenze zu Sachsen. Da sieht man plastisch, was Glas aus Hoftonnen bedeutet. Das eine Bild ist Glas aus der Iglusammlung aus einem Landkreis um Großräschen herum. Man kann die Qualitätsunterschiede greifen. – Das können Sie gerne durchgeben. – Es ist extrem plastisch, dass dieses Hoftonnenglas einfach schlechter ist. Indem das System sich verdreht hat von zwei Dritteln Bringsystem zu einem Drittel Bringsystem, haben wir zu viel schlechte Glasqualität in der Stadt, und wir müssen berücksichtigen, dass die Sammelei nicht Selbstzweck ist. Wir sammeln, damit die Glasindustrie aus den Scherben wieder etwas macht. Wir müssen einen deutlichen Qualitätssprung nach vorn machen.

Das bedeutet für uns, dass wir teilweise die Hofsammlung, wo es Sinn macht, ein Stück zurückfahren, aber auch – das sieht das neue Konzept ebenfalls vor –, dass wir bislang unterversorgte Gegenden der Stadt – über die redet eigentlich niemand – jetzt in den Blick nehmen. Es gibt historisch gewachsen Ecken einer Überentsorgung von Glas, es gibt aber auch Ecken einer Unterentsorgung. Auch die gehören zu einem stadtweiten neuen Konzept, dass wir dort mehr Glas sammeln, um die Qualität und Quantität an Glas nach vorn zu bringen. Das wird Teil dieser Lösung sein, über die wir reden. Herr Tidow hat recht: Die Gespräche sind weit gediehen. Es sieht gut aus. Wir sind noch nicht ganz fertig. Es könnte ein tragfähiger Kompromiss werden. Deswegen würden wir uns freuen, wenn Sie uns und der Verwaltung den Weg dahin offenhalten und uns eher auf dem Weg begleiten, als diesen Anträgen hier Vorrang zu geben. – Dabei will ich es erst mal bewenden lassen. Danke!

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Danke sehr! – Herr Oepen! Sie haben das Wort.

**Heiner Oepen (ELS):** Danke, Herr Buchholz! – Ich gehe der Reihe nach durch, was ich mir aufgeschrieben habe. Zu der Anmerkung von Frau Vogel von der CDU bezüglich der Qualitäten möchte ich ergänzend einen kleinen Hinweis geben. Das ist nicht ein Qualitätsthema, es ist zwar auch ein Qualitätsthema, ob ich drei Farben oder zwei Farben erfasse, vielmehr ist es ein Qualitätsthema, wie viele Fehlwürfe ich letztendlich insgesamt in der Sammlung habe.

Die Fotos, die Herr Schneider gerade verteilt hat, belegen insbesondere sehr visuell betrachtet, wo die Unterschiede liegen. Es geht nämlich an der Stelle noch einen Schritt weiter. Ich habe aktuell Informationen, insbesondere aus Großräschen, dass sie unheimliche Probleme haben, das Material bei den Glashütten abzusetzen. Letztendlich haben wir ein elementares Problem vorliegen. Das habe ich in ein paar exotischen Gebieten in Deutschland, wo Glas auch über Tonne erfasst wird, aber noch zusammen mit Papier und der LVP-Fraktion. Das Glas können Sie überhaupt nicht mehr in der Glashütte unterbringen. Das wird klassisch als Deponieabdeckung verwendet, nicht mehr und nicht weniger. Das Qualitätsthema ist schon entscheidend, und wir müssen explizit im Auge behalten, ob man das Material wirklich verwerten kann, und insbesondere über das Verpackungsgesetz bekommen wir im Glasbereich noch mal eine Anforderung, deutlich mehr zu verwerten.

Ich will jetzt keine rechtlichen Positionen austauschen. Ich glaube, das ist am Anfang hinlänglich von allen Teilnehmern entsprechend kommuniziert worden. Ich möchte die Hinweise von Herrn Tidow aufnehmen, dass wir eigentlich auf einem guten Weg sind. Wir verhandeln seit einiger Zeit mit dem Senat bzw. mit der BSR über das Thema, und da kommen im Endeffekt diese Erfahrungen, die wir in Bezug auf BE 104 gesammelt haben, natürlich auf den Tisch. Was ist bei BE 104 nicht optimal gelaufen? Wo ist der Sprengstoff, auch der politische Sprengstoff gewesen, und wie bekommen wir das ganze Thema entschärft? Deshalb sind die Hinweise, die hier kommen, auch in den Gesprächen ein ganz elementarer Bestandteil: Wie lösen wir das? Wie versuchen wir, unter uns einen Kompromiss zu finden? – Das ist im Endeffekt genau die Frage, die ich der AfD an der Stelle beantworten möchte: Ja, wir sind in intensiven Verhandlungen, und es werden alle Punkte diskutiert. Es werden die Themen Holsystem, Qualitäten und Depotcontainersystem diskutiert. Unterflurbehälter sind ein ganz wesentlicher Punkt, der meines Erachtens derzeit zu einem städtebaulichen Thema immer dazu gehört. Da verweigern wir uns auch nicht. Wir versuchen, vernünftige Lösungen zu finden, wie wir das aufnehmen können, stoßen aber an geologische Grenzen, die man natürlich berücksichtigen muss.

Ich habe insgesamt ein recht gutes Gefühl, dass wir mit dem Konzept, das wir derzeit mit der Stadt zu erarbeiten versuchen, einen Lösungsweg für alle Beteiligten finden, also mehr miteinander als rechtlich gesehen ständig gegeneinander. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Danke sehr, Herr Oepen! – Frau Nitzsche!

**Gerlinde Nitzsche** (BWG Nord Ost 77): Ich möchte zunächst auf die Fragen der Frau Abgeordneten Platta antworten. Sie hatten gefragt, ob qualitative Mängel des Altglases, das in den haushaltsnahen Tonnen angefallen ist und vor 2014 dort von ALBA abgeholt wurde, jemals reklamiert wurden, dass die Qualität schlecht sei, dass dort Fehlwürfe drin waren. Das ist nicht der Fall gewesen. Wir sind völlig überrascht gewesen von diesem Ansatz, das Holsystem abzuschaffen, indem auf einmal diese Schreiben der Glasindustrie auf den Tisch gepackt wurden. Das hat uns gegenüber nie jemand so erwähnt. Wie gesagt, wir haben Tonnen in Waschbetonboxen, die verschließbar sind. Wir sind jetzt auch zu kleineren Einwurföffnungen gekommen, weil wir, wie gesagt, den Entsorger gewechselt haben. Das macht die Firma Bartscherer. Die haben uns entsprechende Schablonen gegeben, dass wir die Einwurföffnungen verkleinern können. Wir haben eingehauste Müllstandsflächen, wo wirklich nur unsere Mieter und Mitglieder ihr Altglas und ihren Restmüll entsorgen. Diese Bilder, die hier gezeigt wurden, sind ziemlich anonym. Ich weiß nicht, ob die nun belegen sollen, dass das Altglas ist, das



aus dem Sammelgebiet BE 104 stammt. Ich kann nicht zuordnen, wenn ich so ein Foto sehe, wo es aufgenommen wurde. Das hier als Argument zu nutzen, gut, das sei dahingestellt.

Die zweite Frage, die Frau Platta gestellt hatte, war, ob bei uns eine Sammlung mit Dreifarben-Containern möglich wäre. Ich würde sagen, ja, die wäre möglich. Wir weisen jetzt schon auf unseren Flächen die Standflächen für die einzelnen Tonnen aus. Das wäre die beste Lösung für uns, wenn es daran hängt, dass das Glas besser sortiert und sortenreiner anfallen soll. Das könnten wir auf alle Fälle leisten und darstellen. Das wäre auf alle Fälle eine bessere Lösung, als das Straßenbild mit noch mehr Iglus zu verschandeln, die als Anzugspunkt für weitere Müllablagerungen dienen.

Sie hatten gefragt, wie man den Bürger besser mitnehmen kann. Ich würde sagen, bisher ist er noch gar nicht mitgenommen worden. Alle Schritte in diese Richtung wird er sicher dankbar annehmen.

Herr Schneider hatte gesagt, er hätte dieses Schreiben, das wir an Senator Geisel am 9. April 2015 gerichtet hatten, mit unseren Anlagen der Standorten, und er hätte nachgemessen und das würde jeder Grundlage entbehren. Wir werfen das hier mal an die Wand. Das sind die Standplätze der Altglasiglus, wie wir sie aus dem Internet heruntergeladen haben. Wie gesagt, eine andere Quelle hatten wir nicht. Es wurde immer auf „Trennstadt“ verwiesen: Schaut euch die Standorte der Iglus doch mal an! – Unsere Bürger haben nicht alle Internet, aber wir als Vorstand können das leisten. Wir haben unsere Hausmeister herumgeschickt, um die Entfernungen nachzumessen, es sind auch unsere einzelnen Hauseingänge ausgewiesen. Die in Klammern stehenden Werte sind die Werte, die im Internet stehen. Die handschriftlichen Werte sind die, die unsere Hausmeister nachgemessen haben, bevor wir dieses Schreiben an Senator Geisel geschickt haben. Es hat sich herausgestellt, hier oben sind es nur 276 Meter, da wird dieser 300-Meter-Radius fußläufig eingehalten. Bei den anderen ist es weitaus mehr. Im Schreiben, das wir von Senator Geisel als Antwort erhalten haben, hieß es, das ist alles nicht wahr, und dass wir weiter entfernt sind, wäre hinzunehmen; dieser 300-Meter-Radius wäre nicht fußläufig gemeint, sondern das wäre sozusagen die Luftlinie. Unsere Mieter können, wie gesagt, kaum laufen, aber fliegen können sie auch nicht.

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Vielen Dank, Frau Nitzsche! – Jetzt hat Stadtrat Martin das Wort. – Bitte sehr!

**Bezirksstadtrat Johannes Martin** (BA Marzahn-Hellersdorf): Da schließe ich gleich mal an. Ich kann für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf sagen, dass wir auch diese 300 Meter Luftlinie nicht bei jedem Standort einhalten können. Wir haben Standorte mit größeren Entfernungen, das kann ich hier klar sagen. Ich hätte Ihnen gern eine Karte gezeigt, ich habe es leider nicht mehr geschafft, im Geoinformationssystem entsprechende Buffer rumzulegen. Dann hätten wir Ihnen zeigen können, dass das leider nicht der Fall ist. Wir sind dazu in enger Abstimmung mit dem Zulieferer; das ist im Bezirk Marzahn-Hellersdorf Karl Meyer. Wir haben natürlich eine große Motivation, diese Standortversorgung so gut wie möglich zu gestalten, aber noch mal: Auch wir haben die entsprechenden Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen an diese Standorte, und wir müssen uns auch mit der Frage beschäftigen, dass wir eine ganz andere Nutzungsfrequenz haben. Wenn ich kleinteilige Standorte in den Wohngebieten rausnehme, zentralisiere und dafür größere, zentralisierte Standorte habe, haben wir auch eine höhere Frequenz an Einwüfen. Das führt natürlich zu einer höheren Belastung der umliegen-

den Bevölkerung. All das müssen wir abwägen und bei der Standortgenehmigung berücksichtigen.

Bei der Frage, ob die Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften in der Lage sind, auf ihren Müllstandsflächen noch zusätzliche Glastonnen für Grün- und Braunglas aufzustellen, wurde eben ausgeführt, dass das Potenzial da ist. Wir sind als Bezirk an einer engen Abstimmung interessiert und wären zu Gesprächen bereit, wenn das bei einzelnen Flächen nicht ausreichen sollte. Da sehe ich gar keine Frage. Die Gespräche gab es meines Wissens schon unter meinem Vorgänger.

Bei der Frage der Unterflurgeschichten ist es natürlich genauso, wie es jetzt schon ausgeführt wurde. Das ist nicht nur eine geologische, sondern auch eine Frage von Leitungsverwaltungen, die beteiligt werden müssen. Das muss man sich bei den einzelnen Standorten angucken. In der Tat ist Marzahn-Hellersdorf ein Bezirk mit durchaus relevanten Grundwasserproblemen. Insofern wird es wahrscheinlich nicht an jedem Standort möglich sein.

Auch ich kann im Rückblick zur Beteiligung sagen: Das Erste wäre gewesen, eine entsprechende Informationspolitik zu betreiben, sowohl die Bezirke frühzeitiger zu informieren, als auch das Gespräch mit den Anwohnerinnen und Anwohnern zu suchen. Ich denke auch, dass man andere, vielleicht effektivere Lösungen herbeiführen kann. Holsystem heißt ja nicht, dass wir alle 8 000 Mülltonnen wieder aufstellen, sondern kann auch heißen, dass wir bestimmte Standorte wieder reaktivieren. Diese Diskussion müssen wir führen, vor allem mit den Akteuren vor Ort, die die geeigneten Standorte auswählen und darüber entscheiden können. Es wäre meine größte Anregung, dass man sich eher miteinander unterhält, als dass einseitig irgendwelche Entscheidungen getroffen werden und die Bezirke es über Anträge auf Sondernutzungsgenehmigung erfahren.

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Danke sehr! – Herr Kurth!

**Peter Kurth (BDE):** Frau Platta hat auf das Verpackungsgesetz abgestellt; deswegen nur die ergänzende Information: Es ist ja nicht so, dass keine Vorschläge des Bundesrats von der Bundesregierung aufgenommen worden sind, sondern einige Punkte sind aufgenommen worden, andere Punkte nicht. Also scheint wohl eine Abwägung stattgefunden zu haben zwischen den Punkten, die man aufnimmt oder nicht. Der Bundesrat wird sich im Mai noch mal mit dem Verpackungsgesetz beschäftigen. Sollte er es in Gänze in die Tonne treten, was er natürlich kann, ich aber nicht glaube, dann wären wir im Übrigen auch keinen Schritt weiter, was Recyclingquoten usw. angeht. Also scheint mir, jetzt ein ziemlich lange währender Diskussionsprozess zu einem guten Ende gekommen zu sein. – Punkt eins.

Punkt zwei: Die Frage der Mitnahme der Bürgerinnen und Bürger und was man da konkret tun kann, beschäftigt uns ziemlich intensiv, weil es zwar einerseits in Umfragen regelmäßig eine sehr hohe Quote der Antworten gibt, wo gesagt wird: Mein praktischer Beitrag zum Umweltschutz ist unter anderem Mülltrennung. – So antworten 94 Prozent der Bevölkerung. Tatsächlich ist aber das, was man wissen sollte, bisher nicht so weit verbreitet. Insbesondere die Unterstellung, da das seit ein paar Jahrzehnten etabliert ist, weiß es jeder, stimmt nicht mehr. Gerade bei jüngeren Menschen lässt die Kenntnis ziemlich nach. Wir haben deswegen zusammen mit den kommunalen Unternehmen jetzt Schulmaterialien entwickelt, die hier sehr viel stärker ins Detail gehen. Insgesamt muss im Bereich der Abfallberatung und der Informa-

tion deutlich mehr passieren. Deswegen begrüße ich, dass die Dualen Systeme zukünftig für bundesweite Kampagnen Geld in die Hand werden nehmen müssen. Auch das ist ein Ergebnis des Verpackungsgesetzes; da steht es nämlich drin. Da muss mehr passieren. Im Glasbereich gilt das insbesondere.

Ich habe ein bisschen davor gewarnt zu sagen: Hol- oder Bringsystem – für das eine System sprechen nur irgendwelche Schwächen, für das andere System sprechen nur Stärken, also Pro und Contra. So einfach ist das nicht. Auch das Platzthema ist nicht so einfach. Ich bleibe bei dem Punkt: Die Kommunen sind seit dem Jahr 2015 verpflichtet, getrennte Biosammlung anzubieten. Ich kann Ihnen listenweise aufstellen, wo übrigens auch in Berlin dieses nicht passiert, unter anderem mit Verweis auf das Platzthema. Die Biosammlung endlich mal hochzubringen, das wäre etwas, wo wir noch mal Mengen bewegen könnten, anstatt im Glasbereich so um die 85, 87 Prozent zu pendeln. Ich wäre grundsätzlich Ihrer Meinung: 100 Prozent sind anzustreben. Die Frage ist allerdings: Wovon? – Wir haben bei der Verpackungsentorgung die sogenannte Lizenzmenge. Das heißt, die bezahlt das System. Wir haben eine Sammelmenge, die von dieser Lizenzmenge abweicht, und dann gibt es die Verwertungsmenge, die wir haben. Egal welche Mengen Sie nehmen, liegen wir heute bei etwa 85 Prozent und wollen die Lizenzmenge weiter steigern. Nicht jede Recyclingmaßnahme ist eine auch wirtschaftlich sinnvolle. 100 Prozent kann man theoretisch erreichen, aber es muss auch im Bereich des ökonomisch Vernünftigen bleiben. Wenn Sie nach Optimierungsmöglichkeiten der Branche insgesamt fragen, würden mir andere Punkte einfallen.

Ich kann zu den Gesprächen – Herr Abgeordneter Scholtysek hat danach gefragt – zwischen Senat und Dualem System natürlich nichts sagen, habe aber den Eindruck, dass eine bundesweit sich jetzt klärende Rechtslage vielleicht den Anstoß gibt zu sagen: Wir setzen uns mal zusammen und überlegen, wie man es machen kann. – Diese Anläufe hat es, soweit ich weiß, in den letzten Jahren immer wieder gegeben, denn Berlin ist zwar insgesamt eine Großstadt, aber nicht überall eine dicht besiedelte Großstadt, sondern es gibt auch Regionen, in denen Berlin viel Charme hat, aber wenig großstädtische Bebauungsstruktur. Vielleicht behandelt man die künftig unterschiedlich. Das ist ja ein denkbarer Weg, den man gehen könnte.

Zusammengefasst wird das Thema Abfallberatung, Information der Bevölkerung, Mitnahme der Bürgerinnen und Bürger eine stärkere Rolle spielen müssen, weil wir – das ist nicht nur der politische Wille, sondern auch die Gesetzeslage ab Verpackungsgesetz – mehr schaffen müssen an Quantität und Qualität im Recycling. Von daher ist völlig klar, dass irgendwelche konfrontativen Situationen vermutlich niemandem richtig weiterhelfen. Mein Eindruck aus den bisherigen Signalen, wie gesagt, ohne die Details zu kennen, ist, dass das auch anderswo verstanden wird.

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Vielen Dank, Herr Kurth! – Wir müssen in eine zweite Frageunde kommen, denn es gibt noch einige Wortmeldungen. Ich habe aber die Bitte, da wir eine ausführliche Diskussion und Fragenbeantwortung schon hatten, dass jetzt möglichst kurz und knapp nachgefragt bzw. kommentiert wird. Ich sehe inzwischen fünf Wortmeldungen. – Fangen wir mit Frau Spranger an.

**Iris Spranger (SPD):** Herzlichen Dank! – Im Normalfall mische ich mich in solche Umweltthemen nicht wirklich ein, das überlasse ich immer meinem umweltpolitischen Sprecher, aber heute muss ich es doch mal tun, denn als Abgeordnete von Marzahn-Hellersdorf bin ich na-

türlich genauso davon betroffen. In meiner Bürgersprechstunde stehen die Leute Schlange und fragen, wann endlich wieder das andere System eingeführt wird. Ich erinnere mich daran – Frau Vogel hat es schon gesagt –, warum wir überhaupt dieses Modellprojekt eingeführt haben: Wir haben gesagt, dass wir es deshalb machen wollen, um dann zu entscheiden, ob wir es weiter machen oder nicht, ob das, was damals gesagt worden ist, eingetreten ist oder nicht. Genau an dem Punkt befinden wir uns jetzt. Ich finde es sehr eigenartig, Herr Schneider! Wenn ich es richtig weiß, haben Sie das Gutachten bestellt und auch bezahlt, worüber hier die ganze Zeit gesprochen wird. Dann kann es sein, dass die Zahlen vielleicht nicht ganz so sind, wie Sie sich das vorgestellt haben und jetzt doch vielleicht eine andere Bewertung einnehmen, als Sie ursprünglich gedacht haben.

Es ist auch ein einmaliger Vorgang, Herr Schneider, dass ein Anzuhörender eine andere Anzuhörende der Unwahrheit bezichtigt. Da ist ein bisschen mehr Mäßigung angesagt. Von daher ist das nicht ganz so einfach.

Frage an die Senatsverwaltung: Wenn ich es richtig verstanden habe, läuft gerade die Ausschreibung. Welche Kriterien stehen darin? Sie merken, dass das Abgeordnetenhaus sehr klar eine Vorgabe macht, nämlich, dass wir uns dem anderen System wieder nähern wollen. Die Kriterien müssten Sie als Verwaltung schreiben bzw. wer schreibt sie? Aber Sie müssen es ja unterschreiben. Dann werden Sie das nicht unterschreiben, solange das nicht nach den Kriterien läuft, wie das Parlament es möchte, denn wenn man in Verhandlungen ist und ein Parlament eine Anhörung macht, dann will das Parlament im Ergebnis genau das, denn wir sind die Abgeordneten, die vor Ort dastehen, sich mit den Bürgern auseinandersetzen müssen und riesenweite Beschwerden kriegen. Herr Schneider! Sie können gern von mir ordnerweise Beschwerden kriegen, dann werden Sie staunen. Das wird vielleicht nicht bei Ihnen ankommen, aber bei uns vor Ort kommt es durchaus an. Wenn ich das jetzt noch erweitere, wird das Ganze noch schlimmer. – Das ist erste Frage: Kriterien der Ausschreibung.

Meine nächste Frage: Habe ich es richtig verstanden, dass einseitig die Zahlung an das Land Berlin eingestellt worden ist? Umso mehr würde ich dann sagen: Warum kann ein Vertragsnehmer einseitig einen Vertrag einfach zu seinen Gunsten verändern? – Das ist eine Mindereinnahme im Landeshaushalt, und der Landeshaushalt wird vom Haushaltsgesetzgeber verantwortet, vom Abgeordnetenhaus. Bevor hier keine eindeutige Klärung erfolgt, würde ich da gar nicht weitermachen. Wie kann es sein, dass ein Nebenentgelt von 1,79 Euro, wie es im Vertrag mit Sicherheit festgehalten ist, plötzlich einseitig von den anderen Vertragsnehmern gekündigt wird und wir unter Umständen in eine Klage gehen müssen? Denn wenn das vertraglich so festgehalten wird und wenn das Parlament es für nötig erachtet, werden wir uns wahrscheinlich die Verträge im Datenraum ansehen müssen. Das weiß ich nicht, da kennen sich meine Umweltpolitiker besser aus, aber eine einseitige Kündigung ist schon heftig, denn dann ist es mit einer Mindereinnahme des Landes Berlin zu einem endgültigen Ergebnis gekommen, das wir auf keinen Fall mittragen werden.

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Danke sehr! – Kollege Laatsch!

**Harald Laatsch** (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Irgendwie müssen wir das mal wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Wir haben hier sehr viele Details gehört, aber der Kern der Sache ist doch folgender: Warum hat man das System überhaupt eingeführt? – Es ging darum, einen ökologischen Gewinn für die Gesellschaft zu erzeugen und keinen Gewinn für das Dua-

le System; das war nicht der Sinn der Sache. Wir befinden wir uns in einem halbstaatlichen System, das von Kaufleuten geführt wird nach dem Motto: Mit wenig Aufwand viel erreichen. – Das ist für Kaufleute hervorragend, dafür sind Sie als Kaufleute hervorragend geeignet, aber für das Duale System offensichtlich nicht. Da muss ganz eindeutig eine andere Besetzung her, denn wir erkennen, dass Sie Ihrer Aufgabe nicht nachkommen. Der Bürger hat bezahlt. Sie als Unternehmen leisten nicht. So einfach ist das, und so einfach müssen wir das auch nehmen. Ob die Splitter nun groß oder klein sind, interessiert mich dabei nicht. Es ist bezahlt, und wenn Sie sagen, das ist eigentlich sinnlos, Herr Schneider, dann betreiben Sie ja hier ein Betrugsgeschäft. Sie machen ein sinnloses Geschäft auf und kassieren dafür vom Bürger ab, aber bringen die Leistung gar nicht. Das hat ja schon mafiöse Methoden à la Neapel, wo wir uns hier befinden, im Dualen System. Also ganz klar: Vom Kopf auf die Füße! Bürger bezahlt, Unternehmen leistet nicht. Wir haben es hier mit Kaufleuten zu tun, und da gilt es zu korrigieren. Der Senat ist gefragt, sich im Bundesrat einzubringen und das zu thematisieren. So kann das nicht weitergehen. – Danke schön!

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Danke sehr! – Frau Platta!

**Marion Platta (LINKE):** Herr Schneider! Sie hatten meine zwei wichtigen Fragen nicht beantwortet, deshalb muss ich sie wiederholen: Wer entscheidet, welcher Systembetreiber zu welchem Zeitpunkt Ausschreibungsführer im Land Berlin ist? Und: Welche Maßnahmen leiten Sie ein, um Meldefehler durch diejenigen, die offensichtlich die Verträge von Ihnen erfüllen sollen, zu vermeiden?

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Danke sehr! – Jetzt stehe ich selbst auf der Redeliste für die SPD-Fraktion. Sie haben eben das Wort von den mafiösen Strukturen genannt, Herr Laatsch! Es gibt ja in Abfallkreisen tatsächlich schon länger den Begriff irgendwie der Abfallmafia mitunter. Wenn man sich anschaut, wie Ausschreibungen bundesweit stattfinden, ob der Dualen Systeme oder anderer, dann ist immer sehr auffällig, dass sich in bestimmten Gebieten oftmals nur eine einzige Firma meldet, obwohl dazu mehrere in der Lage wären. Und siehe da, die gewinnt dann auch noch! Also das ist ein Phänomen, dass man sowohl bei den Dualen Systemen als auch bei anderen Ausschreibungen, die bundesweit im Bereich der Abfallwirtschaft auftauchen, durchaus mal erkennen kann. Da kann man sich jetzt selbst was zusammenreimen, das kann man so oder so bezeichnen.

Ich will noch mal einen Punkt aufgreifen, Herr Schneider, Sie haben das mit den Nebenentgelten dargestellt. Die Kollegin Spranger hat es angesprochen, es sind keine Einnahmen für den Landeshaushalt, das ist unabhängig davon, deshalb haben wir leider nicht den direkten Zugriff. Aber Sie haben selbst gesagt, Herr Schneider, Sie hätten da eine bundesweite Matrix – mir ist sie nicht bekannt, ich habe mal rumgeschaut, ich glaube, auch sonst niemandem –, nach der sie das berechnen. Können Sie uns die zur Verfügung stellen? – Das wäre die erste Frage.

Die zweite Frage ist: Sie haben selbst gesagt, der Bundesdurchschnitt liegt bei 1,07 Euro. Wir hatten vorher über viele Jahre 1,79 Euro, von den dualen Systemen offensichtlich anerkannt und bewusst auch an das Land Berlin bezahlt. Das haben Sie über viele Jahre, länger als ein Jahrzehnt, nicht beanstandet. Dann ist Ihnen plötzlich eingefallen, dass Sie von 1,79 Euro nicht auf den Bundesdurchschnitt von 1,07 Euro, sondern auf 52 Cent reduzieren wollen oder müssen. Können Sie mir den Tathergang noch mal richtig schildern? Den habe ich gar nicht verstanden. Wo kommt das her, dass Sie das über viele Jahre mit 1,79 Euro angesetzt und dann plötzlich auf 52 Cent reduziert haben – eigenmächtig und, der Staatssekretär hat darauf hingewiesen, auch nicht mit Zustimmung des Landes Berlin? Das haben Sie zum 1. Januar 2016 einfach selber gemacht und da auch keinen gefragt, genauso wie damals beim Abzug der Tonnen in den drei betroffenen Bezirken.

Dann wollte ich noch kurz einen kleinen Änderungsantrag für den vorliegenden Koalitionsantrag bekanntgeben – das beantrage ich für die drei Koalitionsfraktionen –, dass wir nämlich am Ende des ersten Absatzes – dort werden kurz noch mal die Maßnahmen erwähnt: „Der Senat wird aufgefordert ...“ – einen Satz anfügen:

Das Abgeordnetenhaus erwartet weiterhin die Umsetzung der bereits am 20. März 2014 beschlossenen Maßnahmen, insbesondere zur Qualitätssicherung.

– und dass im dritten Absatz ein Wort gestrichen wird, nämlich im ersten Satz das Wort „ausdrücklich“. Dann heißt es nur noch „missbilligt“ und nicht mehr „ausdrücklich missbilligt“, weil das sprachlich als angenehmer empfunden wird. Aber ich glaube, die Aussage ist genau-

so klar. Ich habe das hier auch schriftlich und gebe das mal von einem Platz auf den nächsten an das Ausschussbüro. – Als Letzte hat noch Frau Vogel das Wort.

**Katrin Vogel (CDU):** Danke, Herr Vorsitzender! – Ich richte mich auch an Herrn Schneider. Ich bin ein bisschen erstaunt, welche Änderung Ihrer Meinung Sie in den letzten drei Jahren vollzogen haben. Wir haben uns gerade noch mal das Wortprotokoll vom Januar 2014 angeschaut, und da zitiere ich mal. Sie bekennen sich ausdrücklich zum Berliner Modell.

Wir wollen das Holsystem nicht einfach abschaffen, wir müssen es aber reformieren.

Sie wollten sich anschauen, welche Möglichkeiten es dazu gibt. Ich frage mich jetzt: Was haben Sie sich denn angeschaut? Was ist das Ergebnis? Welche Möglichkeiten, um das Holsystem zu reformieren, gibt es denn? Sie haben damals bereits erkannt, dass die Qualität, insbesondere die Größe der Glasscherben, auch mit der Behälteröffnung zusammenhängt. Gab es jetzt Projekte, um zu testen, ob die Scherben besser werden, wenn man es mal mit anderen Behälteröffnungen versucht?

Weiterhin sind Sie unzufrieden mit der farblichen Trennung der Glasscherben. Gab es jetzt auch schon mal Projekte, wo man sagt, wir stellen nicht nur zwei, sondern drei Tonnen in die Höfe, damit das Glas auch so getrennt werden kann, wie es bei den Iglus möglich ist? – Das war es von meiner Seite dazu.

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Danke sehr, Frau Vogel! – Jetzt hat zunächst für den Senat der Staatssekretär Tidow um das Wort gebeten. – Bitte sehr!

**Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK):** Ich wollte noch kurz auf zwei Dinge eingehen. Zum einen ist das Stichwort Bundesrat gefallen. Ich will darauf hinweisen, dass Berlin selbstverständlich in der ersten Beratung im Bundesrat auch erfolgreich die Glasproblematik eingebracht hat. Die Bundesregierung hat sich bedauerlicherweise – Herr Kurth hat es erwähnt – nicht angeschlossen. Wir werden jetzt das durch den Bundestag beschlossene Gesetz wieder in den Bundesrat kriegen, in den Unterausschuss, und selbstverständlich werden wir uns als Berlin genau angucken, was die Bundesregierung uns vorlegt, und müssen dann entscheiden, ob wir ggf. einen Antrag stellen, das in den Vermittlungsausschuss zu bringen. Das kann ich im Augenblick noch nicht sagen, aber selbstverständlich werden wir bei der Bewertung des Verpackungsgesetzes auch unsere Berliner Interessen sehr genau im Blick haben.

Das Zweite, Frau Abgeordnete, die Fragen zum Abstimmungsvertrag und den Nebenentgelten: Rechtlich ist es so, dass die Vereinbarung zu den Nebenentgelten 2016 ausgelaufen ist und wir insofern seither einen rechtsfreien Zustand haben. Das ist der Umstand, den die Dualen Systeme genutzt haben, um die Nebenentgelte, natürlich ohne Einvernehmen und Zustimmung, einfach auf diese sehr reduzierte Summe festzusetzen. Zu der Summe selber kann ich nur sagen, dass die operativen Kosten der Öffnung der Recyclinghöfe für die Abgabe von Verpackungen, die Kosten der Iglu-Umfeldreinigung und auch die Kosten für die vorgeschriebene Abfallberatung im Augenblick bei Weitem nicht gedeckt sind. Wir merken das insbesondere auch im Bereich der Abfallberatung. Herr Kurth hat noch mal darauf hingewiesen, dass das ein Thema ist, das wichtig ist und zunehmend wichtiger wird, auch für eine bessere Qualität bei der Altglassammlung.



Sie haben von Kriterien im Hinblick auf die weitere Ausschreibung gesprochen. Ich will nur noch mal präzisieren: Es steht jetzt konkret die Ausschreibung für das Gebiet 102 an. Auch da ist es so, dass es nicht so einfach ist und wir einfach Kriterien vorgeben können, sondern gemeinsam mit den Systemführern darüber zu sprechen haben. Aber ich denke, dass Herr Zandonella vielleicht, was diese rechtlichen Gesichtspunkte betrifft, noch mal kurz ergänzen kann. Die Frage Nebenentgelte und die Frage, wie wir die Altglasentsorgung in Berlin zukünftig gestalten, sind beide im Augenblick auch Gegenstand der Gespräche, die wir führen.

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Danke schön! – Herr Zandonella!

**Carlo Zandonella** (SenUVK): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ganz kurz zu den rechtlichen Gegebenheiten, es ist in der Tat so: Es herrscht ein Kooperationsprinzip zwischen einerseits der Verwaltung und andererseits den Systemen, mit denen man verhandeln muss. Das bedeutet, wir können nicht durch einen Verwaltungsakt einseitig irgendwelche Vorgaben machen, sondern wir sind darauf angewiesen, dass wir uns letztlich über die einzelnen Parameter dieser Abstimmung einigen. So ist jetzt einfach die Rechtslage. Wir haben vorhin gehört, dass das System privatisiert ist, und wir als öffentliche Verwaltung müssen versuchen, in diesen Vertrag die Dinge einzubringen, die wir für wichtig halten, also in diesen Gesprächen. Sie haben auch gehört, dass wir verschiedenste Themen ansprechen und versuchen, dort Verbesserungen zu erreichen, auch im Gebiet 104. Da wäre auch die Frage: Wie kann man dort zu einer Rückstellung bestimmter Tonnen kommen? Das ist aber, wie gesagt, ein Einigungsprozess, und wir müssen am Ende sehen, wie das zu erzielen ist.

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Danke sehr! – Ich habe das Gefühl, dass wir jetzt fast alle Fragen an Herrn Schneider gerichtet hatten. – Wollen Sie? – Bitte schön!

**Bernd Schneider** (DSD): Aber gerne! Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Zunächst an die SPD, Frau Spranger: Das Gutachten ist nicht vom DSD bestellt worden, sondern es gab eine gemeinsame Auswahl der Gutachter von der Senatsverwaltung und uns. Die wurden dann einvernehmlich bestellt, und die wurden aus den Nebenentgelten auch bezahlt. Das war kein einseitiger Akt von uns, sondern wissentlich und willentlich gemeinsam gemacht. Das war auch sicher der richtige Weg.

Zur Frage, warum hier mal ein Modellprojekt begonnen und nicht beendet wurde: So war das nicht verabredet. Wenn Sie in § 6 der Abstimmungsvereinbarung gucken, war da ein fester Weg vorgezeichnet, dass der Arbeitskreis sich trifft, Maßnahmen bespricht und dann nach und nach – wir haben verschiedene Ausschreibungszyklen für die Gebiete – in ganz Berlin das Glassystem umstellt. Das war ein Prozess, der nicht als Modellprojekt für das Gebiet 104 gedacht war, sondern dort begonnen hat, weil es zur Ausschreibung anstand. Wir haben nie von einem nur Modellprojekt 104 gesprochen, das war auch so nie beabsichtigt.

Warum die Zahlungen eingestellt wurden, darauf hat Herr Tidow schon geantwortet. Wir sind vertragslos, es gibt keine Grundlage. Wir haben das auch nicht einseitig geändert. Alle drei Jahre läuft die Nebenentgeltvereinbarung aus, und das war für uns Gelegenheit, das Thema auf den Prüfstand zu stellen. – [Vorsitzender Daniel Buchholz: Wie sind Sie denn auf die 52 Cent gekommen?] – Das wäre später gekommen, kann ich aber gern vorziehen. Diese Matrix ergibt rechnerisch 52 Cent. Wir stellen Ihnen die gern zur Verfügung. Ich werde Ihnen auch die Berechnung transparent machen, das ist kein Geheimnis, ich kann es nur wiederho-

len: Dieses Konzept, diese Matrix ist damals mit den kommunalen Spitzenverbänden so verabredet worden. Das ist auch keine einseitige Maßnahme der Systeme, sondern das haben wir bundesweit mit deren Willen und Wissen eingeführt. Wir stellen Ihnen das zur Verfügung, Herr Buchholz, daran soll es wirklich nicht liegen.

Den Beitrag der AfD, dass wir mafiös wären, weise ich zurück. Damit kann ich inhaltlich wenig anfangen, das halte ich auch nicht für angemessen. Wir leisten in der Stadt mehr an Aufwand als in anderen Gebieten, und wir bemühen uns immer noch, obwohl die Qualität schlecht ist, möglichst viel ins Recycling zu kriegen. Unser Anspruch ist, das zu verbessern, und das Verpackungsgesetz sieht noch höhere Recyclingquoten für uns vor. Wir sind darauf angewiesen, dass wir die Qualität in Berlin insgesamt nach vorne bringen.

An die Dame von der CDU: Sie haben recht, ich habe gesagt, wir bekennen uns zu dem Berliner Modell, wollen es allerdings reformieren. Wir sind ja die ganze Zeit beim Versuch, das zu tun, konnten uns allerdings nicht einigen. Bislang gab es von dem ehemaligen Staatssekretär keinerlei Bereitschaft, sich einen Millimeter von seiner Position wegzubewegen. Alles, was wir taten, alle Gutachten wurden beiseite gewischt. Wir sind nicht im Dialog gewesen, sondern haben uns gegenübergestanden und angeguckt, und keiner wollte sich bewegen. Das ist unbefriedigend. Das hat die Stadt nicht nach vorne gebracht, das hat uns und die Qualität nicht nach vorne gebracht. Wir bedauern das selbst. Mit dem Regierungswechsel sind neue Köpfe an die Spitze gekommen. Wir haben die Gelegenheit ergriffen und noch mal das Gespräch gesucht, wir wurden auch angesprochen aus dem Berliner Raum hier.

Ich denke, es ist der richtige Weg und auch die Gelegenheit, dass wir jetzt gemeinsam nach vorne kommen, dass wir das Berliner Modell neu ausjustieren und es da lassen, wo es Sinn macht. Das sind hochverdichtete Innenstadtgebiete mit wenig Möglichkeiten für Stellplätze, weil untendrunter Leitungen oder obendrüber die Bäume Probleme machen. Es gibt aber auch andere Gebiete, die heute unterversorgt sind, wo wir mehr tun müssen, wo mehr Iglus hin können. Das wird Teil des neuen Konzeptes sein, das weitgehend auch mit dem Freiwilligkeits- und Anreizprinzip beginnt, dass die Wohnungsgesellschaften angesprochen werden, was Herr Kurth sagte. Ich habe mir mit Frau Platta viele dieser Käfige angeguckt. Da steht ein 240-Liter-Behälter, braun, drin, und wenn man den Deckel hochhebt, ist er leer. Sie werden den Platz brauchen, Sie müssen die Glastonnen rausnehmen, um die Biomüllsammlung auf weiten Strecken vollenden zu können. Es wird Teil des Angebots sein, die zu unterstützen und zu begleiten. Wie gesagt, wir sind noch nicht am Ende, es sieht aber gut aus. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns auf diesem Weg begleiten würden.

Frau Platta, Sie fragen: Wer entscheidet, wer Ausschreibungsführer wird? – Das ist ein Losverfahren. Da sitzt ein Notar, da werden die Gebiete in der Bundesrepublik Deutschland – das sind die kreisfreien Städte und die Landkreise, teilweise auch Zweckverbände – nach Marktanteilen der Dualen Systeme, die sich alle Vierteljahre auch ändern, in einen Lostopf gegeben, und nach einem komplizierten Algorithmus wird dann für die nächste Ausschreibungsperiode ein neues Duales System bestimmt, das dann Ausschreibungsführer ist und die Zuständigkeit und Rechtsmacht hat, das System mit dem öRE abzustimmen. Das ist die Logik eines Algorithmus, warum jetzt zwei andere Duale Systeme in Berlin 102 und Berlin 104 Ausschreibungsführer geworden sind.

Welche Maßnahmen gibt es gegen Meldefehler? – Das ist eine berechtigte und interessante Frage. Wir sehen die Meldungen und Ergebnisse relativ spät im Jahr. Wir haben beide Erfasser, die Berlin Recycling, eine hundertprozentige Landestochter, aber auch Karl Meyer gefragt. Wir haben auf die Widersprüche hingewiesen, und die haben uns beide geantwortet, das sei ja ganz verwunderlich, das könnten sie sich jetzt gerade auch nicht erklären. Es ist schwierig. Wir können nicht jedem Lkw hinterherfahren, wir können nicht immer an der Waage stehen und gucken, was für ein Wiegeschein produziert wird. Wir sind aber an dem Thema dran und versuchen, da etwas mehr Qualitätssicherung hineinzukriegen.

Herr Buchholz, die Matrix – das hatten wir schon – stellen wir Ihnen zur Verfügung, und aus der errechnen sich dann auch die 52 Cent.

Was habe ich noch? – Interessantes Thema: Warum stellen wir nicht eine dritte Tonne auf die Höfe, wenn da doch schon zwei schöne stehen? – In der allerersten Stellungnahme zu der ersten Ausschusssitzung haben wir das ausführlich begründet, als damals das Berliner Modell angedacht wurde und implementiert werden sollte. Es gab ja in ganz Deutschland eigentlich nur diese Iglus. Die Glasindustrie ist auch auf die Iglu-Ware eingestellt. Dann hat man entschieden: Es gibt aber in dieser großen Stadt Ecken, wo Iglus nicht gehen, da nehmen wir Hoftonnen. – Relativ schnell hat man gesehen: Mit drei Farben wird das nichts werden. Zum einen haben wir ein großes Platzproblem, also zwei Tonnen sind häufig schon das Maximum, das in diese Verschläge, die diese Altbauten in der Blockbebauung haben, reingeht. Es gab auch ganz schnell die Anmerkung: Wenn wir eine Braunglastonne mit diesem geringen Anteil zwölf Wochen da stehen haben, bis sie voll ist, dann wäre sie immer die Schadstoffschenke für alle anderen Behälter, die gerade geleert werden müssten, aber noch nicht geleert worden sind. Wenn der Bürger unten steht und alles voll ist, dann nimmt er die Tonne, die noch Platz hat. Wir hätten ausschließlich Müll gesammelt, aber kein Braunglas mehr. Deswegen ist damals einvernehmlich mit der Stadt und allen Beteiligten die Entscheidung gefallen, wir sammeln hier nur Weiß- und Buntglas. Also es hat auch einen Sachbezug, warum das entstanden ist. Die Lösung, noch eine Tonne dazuzustellen, bietet sich einfach nicht an in dieser Stadt. – Ich hätte meine Liste abgearbeitet. Habe ich irgendjemanden vergessen? – Offensichtlich nicht. Vielen Dank!

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Vielen Dank, Herr Schneider! – Dann schaue ich mal die anderen vier Anzuhörenden an. Fühlten Sie sich von einer der Fragen noch angesprochen, die jetzt kamen, Herr Oepen, Frau Nitzsche, Herr Martin, Herr Kurth? – Herr Oepen, bitte!

**Heiner Oepen (ELS):** Noch mal ganz kurz zu der Frage von Frau Platta zu dem Thema Ausschreibungsführerschaft: Ich habe ja schon erwähnt, dass die ELS Ausschreibungsführer für das Gebiet BE 102 ist. Die RKD, der Vorgänger, der wahrscheinlich letztes Jahr hier saß, hatte die Aufgabe, Ausschreibungsführer für BE 104 zu sein, und DSD ist Ausschreibungsführer für die beiden anderen Gebiete. Die jetzigen Verhandlungen – was wir gerade schon mal an diskutiert haben – werden also nicht nur seitens ELS mit dem Senat oder auch mit der BSR geführt, sondern von allen Systembetreibern, weil wir hier ja insgesamt ein – ich nenne es mal so – globales Thema haben. Wir haben sehr viele Punkte, die noch geklärt werden müssen. Ich erinnere an BE 104, wo es unsägliche Missstimmungen gab, die jetzt natürlich auch in die Verhandlungen zu BE 102 einfließen. Es gibt auch das Interesse von DSD, zumindest für die beiden neuen Gebiete, die irgendwann auch zur Ausschreibung anstehen, verbindliche Lösungen zu finden, sodass wir einen regelrechten Arbeitskreis gebildet haben, sprich: die drei Sys-

tembetreiber DSD, ELS und RKD zum einen und zum anderen Senat und BSR. Da haben wir letztendlich alle Punkte, die hier angesprochen worden sind, mit andiskutiert, und man muss schauen, wie wir das nachher in ein vernünftiges Gesamtpaket gießen.

**Vorsitzender Daniel Buchholz:** Danke sehr, Herr Oepen! – Ich schaue noch mal. – Von den anderen Anzuhörenden kommt nichts mehr. Dann darf ich mich zunächst im Namen des gesamten Ausschusses bei Ihnen für die ausführlichen Stellungnahmen bedanken.

Wir kommen jetzt zur Vorlage, nämlich dem Antrag der Koalitionsfraktionen, der auf dem Tisch liegt. Ich hatte vorhin für die Koalitionsfraktionen einen Änderungsantrag vorgetragen und würde das noch mal kurz zum Mitdenken und Mitschreiben vortragen, dass an den zweiten Absatz angefügt wird:

Das Abgeordnetenhaus erwartet weiterhin die Umsetzung der bereits am 20. März 2014 beschlossenen Maßnahmen, insbesondere zur Qualitätssicherung.

Und der zweite Teil des Änderungsantrags ist, das Wort „ausdrücklich“ im dritten Absatz zu streichen. Das heißt, wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit einstimmig zunächst die Änderung beschlossen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag in der jetzt geänderten Fassung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist ebenfalls einstimmig. Ich frage noch mal nach: Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kann es nicht geben, nein! Damit einstimmig vom Ausschuss so beschlossen. Herzlichen Dank! Wird die Dringlichkeit beantragt für den Antrag? – Ja, Frau Spranger! Damit mit dringlicher Überweisung, und dann werden wir noch ein, zwei Sätze zur Begründung machen müssen, aber ich glaube, das Ergebnis der Anhörung hat gezeigt: Es finden gerade Gespräche über die weitere Ausgestaltung der Altglassammlung in Berlin statt, und es ist sehr dringlich, weil wir erst in vier Wochen wieder zusammenkommen und dann auch erst in fünf Wochen das Plenum wäre, sodass dieser Antrag dringlich an das Plenum überwiesen werden muss. – Dann vielen Dank und noch mal vielen Dank den Anzuhörenden, die schon langsam einpacken!

### Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/0186

#### **Einrichtung eines Erhaltungsmanagements für die Straßen- und Brückeninfrastruktur in Berlin**

– Vorabüberweisung –

[0024](#)  
UmVerk  
Haupt

Vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 18/0163

**Aktion „Den Kindern ein Vorbild: Gehe nur bei  
Grün!“**

[0021](#)

UmVerk

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.